

Open Access Repository

www.ssoar.info

Evaluation der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug - Ansätze, Chancen, Herausforderungen

Tultschinetski, Sina; Theis, Désirée; Rieth, Alisa

Veröffentlichungsversion / Published Version Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Tultschinetski, S., Theis, D., & Rieth, A. (2022). *Evaluation der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug - Ansätze, Chancen, Herausforderungen.* (PRIF Reports, 12). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. https://doi.org/10.48809/prifrep2212

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-ND Lizenz (Namensnennung-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de

Terms of use:

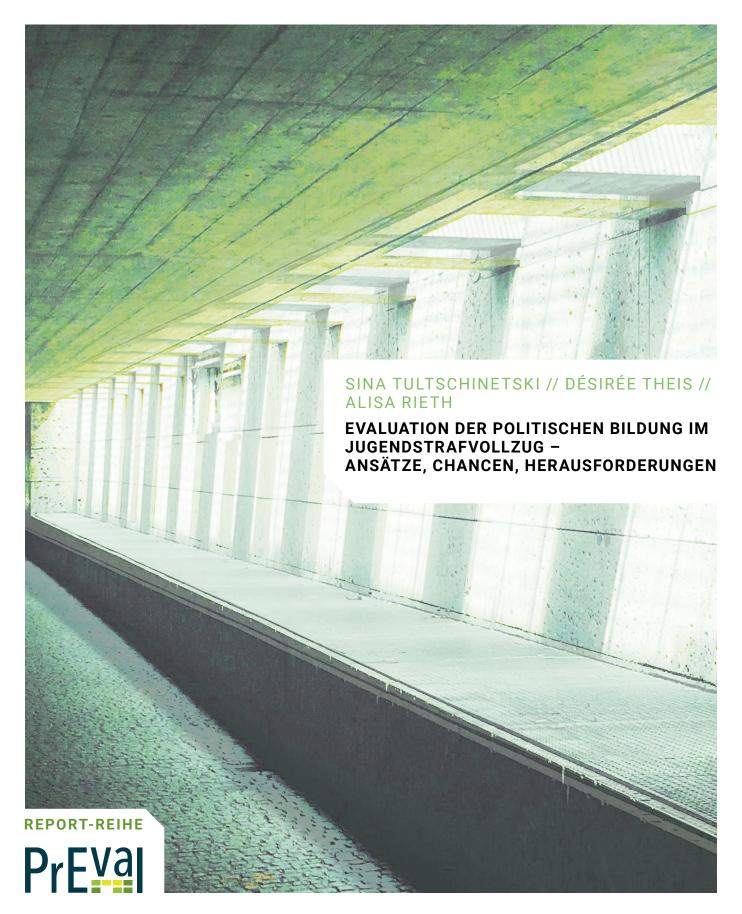
This document is made available under a CC BY-ND Licence (Attribution-NoDerivatives). For more Information see: https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0





PRIF REPORT 6

PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT / LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG





PRIF Report 12/2022

EVALUATION DER POLITISCHEN BILDUNG IM JUGENDSTRAFVOLLZUG – ANSÄTZE, CHANCEN, HERAUSFORDERUNGEN

SINA TULTSCHINETSKI // DÉSIRÉE THEIS // ALISA RIETH

> Leibniz Gemeinschaft

LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG (HSFK) PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT (PRIF)

Coverbild:

Lizenzinformationen: Anton Porsche: https://unsplash.com/photos/sXKsFx98DZA (Bearbeitung: Anja Feix).

Textlizenz:

Creative Commons CC-BY-ND 4.0 (Namensnennung/Keine Bearbeitungen/4.0 International). Das Coverbild unterliegt eigenen Lizenzbedingungen.

Zusatzmaterial:

Das im Rahmen dieses Reports zum Download zur Verfügung gestellte Zusatzmaterial unterliegt eigenen Lizenzbedingungen.

Adresse:

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Baseler Straße 27–31 60329 Frankfurt am Main Telefon: +49 69 95 91 04-0 E-Mail: preval@hsfk.de https://www.hsfk.de

DOI: 10.48809/prifrep2212 ISBN: 978-3-946459-81-1

DIE AUTOR:INNEN

Sina Tultschinetski ist Psychologin und Mitglied der Forschungsgruppe "Radikalisierung" an der HSFK. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Evaluation von Maßnahmen der Extremismusprävention und politischen Bildung sowie in der inhaltlichen und methodischen Begleitung und Vernetzung von Forschungsvorhaben im Bereich des Islamismus.

Dr. Désirée Theis ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin am DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation im Projekt *PrEval* tätig. Im Rahmen ihrer Forschungstätigkeit befasst sie sich mit Fragestellungen bezüglich der Evaluation von Lernumgebungen und der Entwicklung der schulischen Motivation bei Schüler:innen der Sekundarstufe.

Alisa Rieth ist Politikwissenschaftlerin und war bis 12/2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der HSFK. Im *PrEval-*Projekt arbeitete sie im Bereich Primärprävention/politische Bildung und verantwortete den Wissenstransfer des Verbunds. Ihre weiteren Arbeitsschwerpunkte liegen im Wissenschaftsmanagement und der Wissenschaftskommunikation.

HSFK-Reportreihe *PrEval*

Über die Evaluation und die wissenschaftliche Begleitung von Maßnahmen der Extremismusprävention und von Angeboten der politischen Bildung wird aktuell in Fachpraxis und Wissenschaft vielfältig diskutiert. Das liegt nicht zuletzt daran, dass über verschiedene Programme auf Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen seit einigen Jahren immer mehr Fördermittel für solche Maßnahmen bereit stehen, die Fachpraxis sich immer vielfältiger, innovativer und professioneller aufstellt und auch die Forschung zu den Phänomenfeldern, aber auch zu Evaluationsmethoden stetig Fortschritte macht. Folgerichtig fordert beispielsweise auch der Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus in seinem Maßnahmenpaket eine langfristige Stärkung der Qualität und Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen und knüpft damit an zahlreiche Initiativen von Bundes- und Landesregierungen, von Fachpraxis und Wissenschaft an.

Das Forschungs- und Transfervorhaben *PrEval* (Evaluationsdesigns für Präventionsmaßnahmen – Multimethodische Ansätze zur Wirkungsermittlung und Qualitätssicherung in der Extremismusprävention sowie den Schnittstellen zur Gewaltprävention und politischen Bildung) setzt hier an. Ziel des Projekts ist es, im Dialog aller an Evaluation in diesem Feld beteiligten Akteursgruppen den aktuellen Wissensstand zu Qualitätssicherung und Evaluation in der Extremismusprävention, der Gewaltprävention und der politischen Bildung zu erheben und gemeinsam Evaluationsdesigns, gerade an den Schnittstellen zwischen verschiedenen Präventionsbereichen, Zugängen, Phänomenfeldern und Akteuren, zu erarbeiten. Dabei befasst sich *PrEval* mit Maßnahmen aus der politischen Bildung, der primären, sekundären und tertiären Prävention sowie Schnittstellen zur Gewalt- und Kriminalprävention. *PrEval* nutzt Analyse-, Monitoring- und Mapping-Formate und entwickelt multimethodische Evaluationsdesigns im Rahmen von ausgewählten Pilotstudien. Ein zentraler Mehrwert des Vorhabens ist die Einbindung verschiedener Präventionsakteure – aus der Fachpraxis, den Sicherheitsbehörden, aus der Verwaltung und der Wissenschaft.

Die *PrEval*-Reportreihe fasst die zentralen Ergebnisse des Projekts zusammen. Dabei wird zum einen ein systematischer Überblick über die Evaluationsbedarfe der deutschen Trägerlandschaft in den Präventionsfeldern Islamistischer Extremismus und Rechtsextremismus geboten, die bestehenden Kapazitäten für Evaluation und wissenschaftliche Begleitung von Präventionsmaßnahmen erhoben sowie Evaluationsstrukturen international vergleichend analysiert. Zum anderen werden multimethodische Evaluationsdesigns vorgestellt, die im Rahmen der *PrEval*-Pilotstudien für spezifische Präventionsmaßnahmen in enger Zusammenarbeit mit den Trägern (und teilweise auch Mittelgebern) dieser Maßnahmen entwickelt wurden. Möglichkeiten und Grenzen von wissenschaftlicher Begleitung werden diskutiert. Die zehn Beiträge der Reihe eint ein breites Verständnis von Evaluation, um den Komplexitäten des Felds und der darin verorteten Maßnahmen gerecht zu werden. Gleichwohl setzt jeder Report eigene, dem jeweiligen Thema angepasste Akzente in der Begriffsverwendung.

Das *PrEval*-Projekt wird vom Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) koordiniert und von einem Verbund aus Forschungsinstituten und Trägern aus der Fachpraxis gestützt. Mehr Informationen zum Projekt: https://preval.hsfk.de

Übersicht über alle Titel der PrEval-Report-Reihe

- Erfolgsbedingungen und Herausforderungen für die Zusammenarbeit von Fachpraxis und Wissenschaft bei der Evaluation von Angeboten politischer Bildung von Raphaela Schlicht-Schmälzle // Désirée Theis // Sina Tultschinetski // Melanie Verhovnik-Heinze // Christian Kautz // Maryam Kirchmann. PRIF Report 5/2021.
- Erfahrungen aus der Evaluationsplanung eines Aussteigerprogramms. Voraussetzungen für Wirksamkeitserfassung in der tertiären Extremismusprävention von Mona Klöckner // Svetla Koynova // Johanna Liebich // Lisa Neef. PRIF Report 6/2021.
- Webvideos und Livestream zur Aufklärung über Desinformation. Evaluationsansätze zu digitalen Formaten in der politischen Bildung von Désirée Theis // Melanie Verhovnik-Heinze // Stefan Kroll // Keshia Kierek. PRIF Report 8/2021.
- Multimethodische Evaluationsdesigns: eine Erhebung der sozialwissenschaftlichen Praxis von Mona Klöckner // Melanie Verhovnik-Heinze // Raphaela Schlicht-Schmälzle // Reiko Nakamura // Julius Strunk. PRIF Report 1/2022.
- Klientenzentrierte Evaluation in Multi-Agency-Settings der Extremismusprävention. Möglichkeiten und Grenzen eines wirkungsorientierten Vorgehens von Susanne Johansson // Julian Junk // Johanna Liebich // Dennis Walkenhorst. PRIF Report 6/2022.
- Monitoring, Evaluation und Lernen: Erfahrungen und Bedarfe der Fachpraxis in der Prävention von Rechtsextremismus und Islamismus von Svetla Koynova // Alina Mönig // Matthias Quent // Vivienne Ohlenforst. PRIF Report 7/2022.
- Evaluation und Qualitätssicherung in der Kooperation sicherheitsbehördlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in der sekundären und tertiären Extremismusprävention von Julian Junk // Svetla Koynova // Vivienne Ohlenforst // Maximilian Ruf // Lea Scheu. PRIF Report 8/2022.
- Evaluationskapazitäten im Bereich der Extremismusprävention und der politischen Bildung in Deutschland von Andreas Uhl // Manuela Freiheit // Benjamin Zeibig // Andreas Zick. PRIF Report 9/2022.
- Developmental Evaluation zur Begleitung von Entwicklungsprozessen in Projekten der Radikalisierungsprävention ein Anwendungsbeispiel von Olga Schmidt // Johanna Liebich // Mona Klöckner // Dennis Walkenhorst // Bacem Dziri. PRIF Report 10/2022.
- Evaluation der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug Ansätze, Chancen, Herausforderungen von Sina Tultschinetski // Alisa Rieth // Désirée Theis. PRIF Report 12/2022.

Außerdem im Rahmen des *PrEval-*Projekts als GPPi-Study erschienen

Extremismusprävention evaluieren: Institutionelle Strukturen im internationalen Vergleich von Asena Baykal // Sarah Bressan // Julia Friedrich // Giulia Pasquali // Philipp Rotmann // Marie Wagner.

Politische Bildung im Jugendstrafvollzug ist ein noch recht junges Handlungsfeld, um dessen Etablierung sich verschiedene Akteure bemühen. Das Ziel ist es, inhaftierten Jugendlichen Diskussions- und Reflexionsräume zu den Themen Demokratie, Mitbestimmung, Diversität, Identität und Meinungsfreiheit zu bieten und ihre Selbstwirksamkeit und Resilienz gegenüber antidemokratischen Einstellungen zu stärken. Ein besonderes Potenzial des Feldes liegt darin, dass in Jugendhaft eine Zielgruppe erreicht werden kann, die für solche Angebote häufig schwer zugänglich ist. Zugleich besteht besonderer Bedarf an passgenau auf die Teilnehmenden und den Kontext zugeschnittenen Angeboten. Bislang kann in diesem Bereich wenig auf umfassend erprobte Ansätze und Methoden zurückgegriffen werden. Um das Handlungsfeld auszubauen und zu festigen, gilt es somit, mithilfe geeigneter Evaluationsansätze Gelingensbedingungen und Qualitätsmerkmale von (Modell-)Projekten zu erörtern, Good Practices zu ergründen, die Effektivität und Nützlichkeit von Maßnahmen zu prüfen und Potenziale zur Verbesserung und Verstetigung der Angebote aufzuzeigen. Hierzu ist es unabdingbar, Möglichkeiten, Herausforderungen und Grenzen von Evaluation aus der Perspektive aller beteiligten Akteure zu betrachten.

Das Ziel des vorliegenden Reports ist es, diese vielfältigen Perspektiven abzubilden und Orientierungshilfen für die Gestaltung von Evaluationen politischer Bildungsangebote in Haft zu bieten. Im Zentrum stehen Erfahrungen, Erwartungen und Zielformulierungen, die Angebote der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug leiten (können), sowie die Frage danach, was bei der Evaluation solcher Angebote im Allgemeinen und bei der Ermittlung von Wirkungen und Effekten im Besonderen berücksichtigt werden muss.

Der Report fasst die Ergebnisse einer Fallstudie des *PrEval*-Projekts zusammen: Über das Jahr 2021 hinweg wurden in einem intensiven Wissenschafts-Praxis-Dialog Chancen, Bedarfe und Herausforderungen der Evaluation politischer Bildungsangebote im Jugendstrafvollzug aus Perspektive verschiedener Akteure erarbeitet. Neben Vertreter:innen der *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)* wurden Praxispartner:innen zweier Projekte der *bpb*-Förderlinie "Politische Bildung im Jugendstrafvollzug" zur Kooperation eingeladen: *Nachspielzeit – Fußball im Fokus politischer Bildung der Sozialberatung Stuttgart e.V.* in Kooperation mit dem *VfB Fanprojekt Stuttgart e.V.*, und *#Respect! – Politische Jugendmedienbildung mit jugendlichen Strafgefangenen* von *Haus Neuland e.V.* Zusätzlich führte das *PrEval*-Team fünf leitfadengestützte Interviews, um die Erkenntnisse aus dem Dialog um die Perspektiven ausgewählter Expert:innen anzureichern, die einschlägige Kenntnisse der Institution Haft, von Bildungsangeboten im Vollzug und/oder Evaluationen in Haftanstalten einbringen.

Daraus leiten die Autorinnen Erkenntnisse über Evaluationsansätze und -möglichkeiten, aber auch deren Grenzen ab. Eine zentrale Erkenntnis lautet, dass Evaluationen – wie auch die Angebote, die sie evaluieren – an die Besonderheiten des Haftkontextes angepasst werden müssen. Das bedeutet zuallererst, Erwartungen an Projekte und ihre Ziele zwischen den Beteiligten aktiv, frühzeitig und, wo nötig, immer wieder aufs Neue auszuloten. Hier besteht derzeit Optimierungsbedarf, sowohl hinsichtlich der Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses über Möglichkeiten und Grenzen politischer Bildung in Haft als auch hinsichtlich der Formulierung realistischer Evaluationsziele. Evaluation sollte in diesem Kontext weniger als ein Nachweis im Sinne von "Angebot ist gut/Angebot wirkt

vs. Angebot ist schlecht/Angebot wirkt nicht" verstanden werden. Sie ist vielmehr eine wissenschaftliche Begleitung und Perspektiverweiterung, die konstruktive Lernprozesse anregen kann.

Eine weitere wichtige Erkenntnis lautet, dass die Bedingungen im Kontext Haft Evaluationen erschweren können: Eingeschränkter Datenzugang, limitierte Möglichkeiten der Datenerhebung, kurze Projektzeiträume und verschiedene systemische, strukturelle und organisatorische Faktoren in Haft (z.B. Fluktuation der Teilnehmenden, kurzfristige anstaltsseitige Änderungen, subkulturelle Aspekte) können die wissenschaftliche Begleitung insgesamt sowie speziell Effektivitätsprüfungen oder Wirkungsermittlungen maßgeblich beeinflussen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen und Ressourcen zu schonen, empfiehlt sich zum einen ein pragmatischer Rückgriff auf Methoden und Daten, die im Projektgeschehen ohnehin anfallen oder sich nahezu nahtlos in den Projektalltag integrieren lassen. Zum anderen müssen innovative Evaluationsmethoden entwickelt werden, die auf Lebenswelt und Vorwissen der Zielgruppen abgestimmt sind – etwa die sog. 'Projekttagebücher', die im Rahmen der Fallstudie entwickelt wurden und in diesem Report aufgegriffen werden.

Es ergeben sich zusammengefasst die folgenden Empfehlungen, die im Report ausgeführt werden und in zukünftigen Forschungsarbeiten in enger Kooperation mit Fachnetzwerken weiter diskutiert werden sollten:

- 1. Ziele von Maßnahmen der politischen Bildung in Haft müssen zwischen allen Beteiligten aktiv ausgehandelt, konkret formuliert und zugleich niedrig gesteckt sein.
- 2. Evaluationsziele für Maßnahmen der politischen Bildung in Haft sollten mit Blick auf die Lernfunktion von Evaluationen realistisch, fokussiert und kontextangemessen gewählt werden.
- 3. Evaluationen politischer Bildungsangebote im Jugendstrafvollzug setzen einen erheblichen Aufwand auf allen Seiten voraus, u.a. für Anbahnungs- und Aushandlungsprozesse zwischen den beteiligten Akteuren. Dafür müssen mehr zeitliche und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden als bisher.
- 4. Die Evaluation politischer Bildungsangebote im Jugendstrafvollzug sollte flexibel gehandhabt und methodisch niedrigschwellig und ressourcenschonend gestaltet werden.
- 5. Ein Wirkungsbegriff, der klare Ursache-Wirkungs-Beziehungen auf Ebene individueller Teilnehmender ins Zentrum stellt, greift im Kontext der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug zu kurz. Das Verständnis von Wirkung sollte entsprechend neu kontextualisiert und breiter gefasst werden und auch solche Aspekte umfassen, die über individuelle Teilnehmende hinausgehen und z.B. das sie umgebende System der Haft betreffen.
- 6. Die Messbarkeit der Wirkungen von Maßnahmen der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug, insbesondere auf Ebene individueller Teilnehmender, ist stark eingeschränkt. Dies muss bei der Gestaltung von Evaluationsvorhaben berücksichtigt werden. Ein Rückgriff auf Erfahrungen aus benachbarten Bereichen, z.B. aus der Bildungsforschung, kann hilfreich sein, ebenso wie die längerfristige Anlage von wissenschaftlichen Begleitungen.
- 7. "Allein auf weiter Flur": Um Wissens- und Erfahrungsbestände zu politischer Bildungsarbeit im Jugendstrafvollzug sowie zu kontextangemessener wissenschaftlicher Begleitung zu erweitern, sollten Fachnetzwerke auf- und ausgebaut werden. Dafür müssen Strukturen geschaffen und Ressourcen bereitgestellt werden.

1.	Einleitung	1
	1.1 Politische Bildung im deutschen Jugendstrafvollzug: ein neues Handlungsfeld1.2 Politische Bildungsangebote in Haft evaluieren1.3 Ziele und zentrale Fragen der Studie	2 5 9
2.	Vorgehen und Datengrundlage	9
	2.1 Arbeitsmodus im Wissenschafts-Praxis-Dialog2.2 Datengrundlage: Workshops, Projekttagebücher und Expert:inneninterviews	12 14
3.	Antworten auf die zentralen Fragen	15
	3.1 Welche Erfahrungen, Erwartungen und Zielformulierungen leiten Angebote der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug?3.2 Was ist bei der Evaluation von Angeboten der politischen Bildung im	15
	Jugendstrafvollzug zu beachten?	20
	3.3 Was muss bei der Frage nach Wirkungen von Maßnahmen der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug berücksichtigt werden?	25
4.	Erkenntnisse und Schlussfolgerungen	27
5.	. Fazit und Ausblick	35
Li	teratur	36

1. EINLEITUNG¹

Politische Bildung im Jugendstrafvollzug ist ein noch recht junges Handlungsfeld, um dessen Etablierung sich seit einigen Jahren verschiedene Akteure bemühen. Neben formaler politischer Bildung im Rahmen des anstaltsinternen Schulunterrichts und informellen Bildungsprozessen durch Gespräche der Inhaftierten mit dem Vollzugspersonal "nebenbei" werden non-formale Angebote der politischen Bildung vor allem von externen Bildungsträgern in die Haftanstalten gebracht. Diese kommen aus verschiedensten Bereichen und Disziplinen, darunter der Sozialen Arbeit und der Medienbildung, aber auch der Theater-, Kunst- und Musikpädagogik. Die Maßnahmen verfolgen das übergeordnete Ziel, den inhaftierten Jugendlichen Diskussions- und Reflexionsräume zu Themen wie Demokratie, Mitbestimmung, Diversität, Identität und Meinungsfreiheit zu bieten und ihre Resilienz gegenüber antidemokratischen Einstellungen zu stärken.

Obwohl die Anzahl an Angeboten der politischen Bildung in Haft bereits zunimmt, zeigen Borchert und Kolleg:innen (2019, 2020), dass weiterhin ein Bedarf an solchen Maßnahmen besteht. Auf diese Befunde bezugnehmend, veröffentlichte die *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)* im Sommer 2020 eine Ausschreibung zur Förderung innovativer politischer Bildungsangebote im Jugendstrafvollzug. Für den Zeitraum eines Jahres sollten Projekte gefördert werden, die die Zielgruppe der jugendlichen Strafgefangenen durch freizeitbezogene Angebote in ihrer Ambiguitätstoleranz stärken sowie für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Ideologien der Ungleichwertigkeit – z.B. islamistische, rechtsextremistische oder antisemitische Einstellungen – sensibilisieren.

Im Feld der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug existieren bislang wenig etablierte Methoden zur Konzeption und Durchführung von Angeboten. Auch die wissenschaftliche Studienlage zu diesem Themenkomplex ist vergleichsweise dünn. Bei den bislang geförderten Maßnahmen handelt es sich in der Regel um kurzzeitig finanzierte Modellprojekte. Die existierende Literatur (z.B. Borchert et al. 2020; Schneider 2019, 2021; Greco 2017) betont die zentrale Herausforderung, dass Haftanstalten als "totale Institutionen" (vgl. Goffman 1973) Rahmenbedingungen bieten, die den Inhalten und Themen der Demokratieförderung und politischen Bildung² teils diametral entgegenstehen. Um das Handlungsfeld auszubauen und zu festigen, gilt es, mit diesem Spannungsgefüge im Blick Fragen nach Gelingensbedingungen und Qualitätsmerkmalen mithilfe von Evaluationen von (Modell-)Projekten zu beantworten. Hierzu ist es unabdingbar, Möglichkeiten, Herausforderungen und Grenzen von Evaluation aus der Perspektive aller potenziell relevanten Akteure zu betrachten. Das Ziel des vorliegenden Reports ist es, diese vielfältigen Perspektiven abzubilden und Orientierungshilfen für die Gestaltung von Evaluationen politischer Bildungsangebote in Haft zu bieten. Damit richtet sich der Report an all jene, die im Feld der politischen Bildung in Haft tätig sind, entsprechende Projekte evaluieren und/oder das Handlungsfeld als solches mitgestalten und ausbauen (wollen) – fachlich wie finanziell.

Die Autorinnen danken den Dialogpartner:innen aus den Projekten Nachspielzeit und #Respect! sowie aus der Bundeszentrale für politische Bildung für die intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit, auf der der vorliegende Report basiert; ebenso den Interviewpartner:innen für ihre Zeit und die wertvollen Erkenntnisse.

² Dazu gehören u.a. Reflexion über Demokratie, Meinungsfreiheit und Selbstwirksamkeit; mehr dazu s.u. in Kapitel 1.1.

Im Folgenden beleuchten wir überblicksartig den Auftrag und die Rolle der politischen Bildung in Unfreiheit, aktuelle Literatur zum Thema und Herausforderungen für (politische) Bildungsangebote, die sich aus den Besonderheiten der Zielgruppe und des Kontextes ergeben. Daraus leiten wir Anknüpfungspunkte für Evaluationen ab und fassen bisherige Evaluationserfahrungen in diesem Feld zusammen. Wir zeigen Leerstellen auf, die bislang in der Auseinandersetzung mit diesem Thema bestehen und entwickeln daraus die zentralen Fragen, die die vorliegende Studie leiten und die sie beantwortet:

- (1) Welche Erfahrungen, Erwartungen und Zielformulierungen leiten Angebote der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug?
- (2) Was ist bei der Evaluation von Angeboten der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug generell zu beachten?
- (3) Was muss speziell bei der Frage nach Wirkungen und Effekten von Maßnahmen der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug berücksichtigt werden?

Zur Beantwortung dieser Fragen werten wir, neben der aktuellen Literatur, Erkenntnisse aus dem Wissenschafts-Praxis-Dialog zwischen *PrEval*, der *bpb* und zwei Praxispartnern aus dem Feld sowie Interviews mit einschlägigen Expert:innen aus. Diese überführen wir in Empfehlungen zur Gestaltung von Evaluationen politischer Bildungsangebote in Haft. Wir schließen mit einem Ausblick auf offene Fragen und Ansätze, die in zukünftigen Forschungsvorhaben aufgegriffen werden sollten, um das Feld der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug mithilfe von Evaluation auszubauen und zu festigen.

1.1 POLITISCHE BILDUNG IM DEUTSCHEN JUGENDSTRAFVOLLZUG: EIN NEUES HANDLUNGSFELD

Der politischen Bildung wird in Deutschland eine wichtige Rolle als Baustein der Extremismusprävention zugeschrieben: laut Rieker (2009: 49) bereits seit Mitte des 20. Jahrhunderts im Rahmen der "reeducation" nach der Zeit des Nationalsozialismus, spätestens jedoch seit Anfang der 2000er-Jahre mit der Einführung verschiedener Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt (Deutscher Bundestag 2001, Drucksache 14/5456). Die politische Bildung wird in der Pflicht gesehen, zur Bekämpfung gesellschaftlicher Spaltung, demokratiefeindlicher Einstellungen und anderer unerwünschter gesellschaftlicher Prozesse bis hin zur Radikalisierung in verschiedenen Phänomenbereichen beizutragen³ – in den letzten Jahren vornehmlich als Teil der Strategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung im Rahmen des *Nationalen*

³ Verschiedene Akteure kritisieren die Verzahnung der politischen Bildung mit – manche sagen gar Instrumentalisierung für – Extremismus- und Rückfallprävention und betonen ihren universellen, autotelischen Charakter. Zur Einführung in die Diskussion über die Rolle der politischen Bildung in der deutschen Extremismuspräventionslandschaft siehe Schlicht-Schmälzle et al. (2021a), PRIF Spotlight 2/2021, zur Vertiefung siehe Widmaier (2022). Zu den Entwicklungen der politischen Bildungslandschaft der letzten Jahre siehe Widmaier (2018).

Präventionsprogramms gegen islamistischen Extremismus (NPP)⁴ und den damit in Zusammenhang stehenden Bundesförderprogrammen *Demokratie leben!* (BMFSFJ) und *Zusammenhalt durch Teilhabe* (BMI). Damit wächst sie auch zunehmend in das Feld des Jugendstrafvollzugs hinein (Schneider 2021: 217).

Die Ansichten darüber, was politische Bildung charakterisiert und welche Inhalte und Ziele sie hat, sind ebenso vielfältig wie die Maßnahmen, mit denen diese umgesetzt wird. Dem breiten Verständnis von Detjen (2007) folgend, bezeichnet Schneider (2021: 218) politische Bildung als "alle Lernprozesse [...], die Politisches zum Thema haben und junge Menschen als politische Subjekte anrufen". Enger lässt sich politische Bildung nach Lösch (2011) und Scherr (2011) als "Förderung der politischen Urteils-, Kritik und Handlungsfähigkeit" (Schneider 2021: 218) und "Ermächtigung zu einer informierten und reflektierten Auseinandersetzung mit sich selbst und den gesellschaftlichen Lebensbedingungen" (Schneider 2021: 218) definieren. Schröder (2011: 175) fasst "[p]olitische Jugendbildung [als] die Unterstützung und Förderung von selbsttätigem Handeln durch pädagogisch reflektierte Angebote mit dem Ziel, sich mit den Angelegenheiten des demokratischen Gemeinwesens zu beschäftigen, sich selbst im Politischen zu verorten und auf diese Weise Zusammenhänge herzustellen". Auch die Vermittlung von deklarativem Wissen über politische Systeme, demokratische Prozesse und Beteiligungsmöglichkeiten kann Bestandteil, wenn auch nicht alleiniges Merkmal politischer Bildung sein. Politische Bildung kann dabei als eigenständiges Schulfach, schulfachübergreifend, außerhalb der Schule, selbstorganisiert oder informell und spontan gestaltet sein (Schneider 2019: 183).

Ein besonderes Potenzial des Feldes liegt darin, dass politische Bildungsangebote in Jugendhaft eine Zielgruppe⁵ erreichen können, die für solche Angebote ansonsten schwer zugänglich ist. Dies liegt unter anderem daran, dass die Jugendlichen in den Regelstrukturen von Schule und Jugendarbeit, in denen politische Bildungsarbeit häufig stattfindet, kaum anzutreffen sind (z.B. aufgrund von Schulabsentismus). Gleichzeitig ist das politische wie allgemeine Basiswissen bei jungen Inhaftierten häufig geringer ausgeprägt als bei Adressat:innen der freien Sozialarbeit, was den besonderen Bedarf dieser Zielgruppe an auf sie zugeschnittenen politischen Bildungsangeboten unterstreicht (Borchert et al. 2019: 28; 2020: 15). Durch die zusätzlichen Belastungen der Haft entsteht eine außerordentliche Lebenssituation, die bei der Konzeption politischer Bildungsangebote unbedingt berücksichtigt werden muss (Schneider 2019: 185).

Der vorliegende Report fokussiert Gruppenangebote im Bereich der non-formalen politischen Bildung, also solche Maßnahmen, die außerhalb des formalen Schulunterrichts in der Freizeit und in aller Regel freiwillig stattfinden. In Deutschland existiert eine Vielzahl an Trägern, die eine solche nonformale politische Jugendbildung anbieten oder fördern – von Vereinen über Verbände bis hin zu den

⁴ https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/praeventionsprogramm-islamismus.html (letzter Zugriff: 18.04.2022).

^{5 2020} befanden sich zum 31. März (Stichtag) knapp 3.500 Personen in Jugendhaft (Statistisches Bundesamt 2020: 10).

Landes- und Bundeszentralen für politische Bildung.⁶ Laut Widmaier (2018: 264, Anm. 1) stehen hierfür im Kinder- und Jugendplan des Bundes pro Jahr etwa zehn Millionen Euro zur Verfügung.

Bezogen auf den Strafvollzug führen Borchert und Kolleg:innen (2019: 45–50) in einer bundesweiten Bestandsaufnahme 57 Präventionsprojekte auf, die sich der non-formalen politischen Bildung widmen. Die Liste enthält viele Projekte, die eher der sekundären oder tertiären Extremismusprävention zuzuordnen sind und auch solche, die zwar vollzugstypische, aber nur entfernt politisch bildnerische Maßnahmen anbieten (z.B. Gewaltpräventionsprojekte, Angebote rund um Resozialisierung, Übergangsmanagement und Wiedereingliederung). Im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* wurden und werden im Zeitraum von 2015 bis 2024 insgesamt 16 Modellprojekte zivilgesellschaftlicher Träger im Themenfeld "Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe" gefördert. Diese Angebote bewegen sich zu einem großen Teil im Bereich der primären (universellen) bzw. sekundären (selektiven) Prävention (Jukschat et al. 2021: 188),⁷ wenngleich sie unter der Überschrift der Deradikalisierung laufen (d.h., formal der tertiären Prävention zuzurechnen sind). Dieser Umstand deutet erneut auf die große Schnittstelle zwischen politischer Bildung und Extremismusprävention hin.

Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Reports lassen sich somit kaum zwei Dutzend Projekte identifizieren, die sich im engeren Sinn mit politischer Bildung im Jugendstrafvollzug befassen. Entsprechend kann hier wenig auf umfassend erprobte und Ansätze und Methoden zurückgegriffen werden, was die Notwendigkeit und Dringlichkeit ihrer (Weiter-)Entwicklung mithilfe von passenden Evaluationsansätzen verdeutlicht. Die Ansätze der wenigen bislang existierenden non-formalen Bildungsangebote in Haft verbindet eine multimethodische Herangehensweise mit kultur-, theater- und medienpädagogischen Methoden, die Bezüge zu den Lebenswelten der inhaftierten Jugendlichen ermöglicht (Borchert et al. 2019: 27; 2020: 26). Der zeitliche Rahmen reicht von ein- bis zweitägigen Projekten über wöchentliche Workshops über einen längeren Zeitraum bis hin zu intensiven täglichen Angeboten, z.B. im Rahmen von Projektwochen.

Der Kontrast zwischen Inhalten und Zielen politischer Bildung und der Realität des Haftalltags stellt politische Bildungsmaßnahmen vor besondere Herausforderungen. Borchert und Kolleg:innen (2021) fassen treffend zusammen: "Problematisch hierbei ist, dass die Inhaftierten unter Bedingungen der Unfreiheit, unter denen ihnen keine selbstständige und selbstbestimmte Lebensweise eingeräumt wird, auf ein Leben in sozialer Verantwortung in Freiheit vorbereitet werden sollen" (Abs. 26). Als erschwerende Faktoren kommen u.a. stark hierarchisierte Beziehungen hinzu, sowohl zwischen den Inhaftierten und dem Haftpersonal als auch zwischen den Inhaftierten untereinander. Non-formalen Bildungsangeboten wird jedoch das Potenzial zugeschrieben, diese Herausforderungen zu bewältigen und Räume zu schaffen, in denen sich die Inhaftierten relativ frei äußern und verhalten und somit demokratischen Austausch erlernen können (Borchert 2019: 62).

⁶ Siehe Hafeneger (2015) für einen Überblick über die verschiedenen Arten von Trägern und Verbänden.

⁷ In der Extremismusprävention werden drei Präventionsebenen unterschieden: Primäre oder universelle Prävention zielt auf alle Personen, die potenziell mit extremistischen Inhalten in Berührung kommen könnten, sekundäre oder selektive Prävention fokussiert auf besonders gefährdete Personen und tertiäre oder indizierte Prävention arbeitet mit Personen, die Anzeichen von Radikalisierung zeigen oder bereits radikalisiert sind (BAG RelEx 2021).

Während Mitarbeitende von Jugendstrafanstalten die große Chance externer Projektdurchführender sehen, positiv auf Inhaftierte einzuwirken (Borchert et al. 2019: 29), wird ihre Rolle und ihr Verhältnis zu den verschiedenen Personengruppen in der Hafteinrichtung (Leitung, Sozial- und Vollzugsdienst, Inhaftierte) auch als fragiler Punkt ausgemacht. Externe Durchführende von (politischen) Bildungsangeboten in Haft befinden sich dabei in einem "Grenzgängerdilemma" (Jakob et al. 2019: 25): Sie kommen von "draußen" in die Haftanstalt, sind nicht Teil des Vollzugssystems und können damit den inhaftierten Jugendlichen als neutrale(re) Personen gegenübertreten. Dadurch besteht die Chance, im Rahmen des Bildungsangebots Vertrauen zu schaffen, Freiräume zur Diskussion und Reflexion anzubieten und die Strukturen des Haftalltags ein Stück weit aufzubrechen (Jakob et al. 2019: 29). Damit dies ohne größere Reibungsverluste gelingen kann, sind Projektmitarbeitende gleichzeitig auf verlässliche Kontakte, gute Beziehungen und eine entsprechende Vertrauensbasis auf Seiten des Vollzugspersonals angewiesen, da nur in Kooperation mit ihnen Zugang und Ausgestaltungsmöglichkeiten realisiert werden können. Auch formale und organisatorische Faktoren des Haftkontextes können für die erfolgreiche Umsetzung von Projekten entscheidend sein. So stellen z.B. die schwierigen Förderbedingungen, die insbesondere die räumliche, materielle, personelle und inhaltliche Ausstattung betreffen (vgl. Bihs 2013: 221; Thalmann 2011: 80), eine Herausforderung dar.

Um den vielfältigen Herausforderungen für die Umsetzung politischer Bildung im Vollzug zu begegnen, formulieren Borchert und Kolleg:innen (2020: 180–187) verschiedene Empfehlungen. Unter anderem sollen die Kooperationen zwischen internen und externen Akteur:innen durch die Schaffung von Fachstellen und/oder hauptamtlich Zuständigen in den Haftanstalten intensiviert und verstetigt werden. Zudem seien Fort- und Weiterbildungen der Anstaltsbediensteten wichtig, um sie für die Inhalte politischer Bildungsangebote zu sensibilisieren und diese eng(er) mit den allgemeinen Vollzugszielen und den sonstigen Bildungsprozessen in den Haftanstalten zu verzahnen. Nicht zuletzt seien politische Bildungsmaßnahmen in Haft "während und nach der Durchführung mit geeigneten Methoden zu evaluieren" (Borchert at al. 2019: 56), sowohl zur Prüfung ihrer Nachhaltigkeit als auch zur Weiterentwicklung und Verstetigung. Der folgende Abschnitt verdeutlicht, dass auch hier die Erfahrungen bislang rar gesät sind und nur vereinzelte Beispiele existieren.

1.2 POLITISCHE BILDUNGSANGEBOTE IN HAFT EVALUIEREN

Stockmann (2004: 3–4) unterscheidet vier grundlegende Funktionen von Evaluation: Erkenntnis, Kontrolle, Lernen und Legitimation. Mit Blick auf soziale Interventionen, zu denen politische Bildungsangebote zählen, können (und sollen) Evaluationen als Nachweis- und Legitimationsinstrument dienen, das Entscheidungshilfen über die (Weiter-)Finanzierung von Trägern und Projekten bietet. Insbesondere in Modellprojekten unterstützen Evaluationen dabei, Ansätze, Konzepte, Methoden und auch Kooperationen auf ihre Qualität und Umsetzbarkeit hin zu überprüfen und damit zur Verbesserung von Maßnahmen und der Erschließung neuer Felder beizutragen. Bisher gibt es vergleichsweise wenige Erfahrungen mit der Evaluation von Angeboten der politischen Bildung im Kontext Haft. Hinzu kommt, dass die meisten Projekte kurzfristig angelegt sind und als punktuelle und zeitlich begrenzte Modellprojekte in die Haftanstalten gebracht werden. Wenngleich Modellprojekte die Erprobung von neuen Angeboten zum Ziel haben, bergen die inhärenten zeitlichen und strukturellen Limitationen

Herausforderungen für die (Neu-)Etablierung eines Handlungsfeldes, da die Möglichkeiten für das Lernen aus Erfahrungen sowie für Anpassungen und Verbesserungen stark eingeschränkt sind.

Die Fachpraxis der primären, sekundären wie tertiären Extremismusprävention an der Schnittstelle zur politischen Bildung professionalisiert sich zunehmend, auch in Hinblick auf Qualitätssicherung und die Weiterentwicklung der eigenen Arbeit (Koynova et al. 2022: 13). Viele Praktiker:innen sammeln bereits Daten zur regelmäßigen Erfolgskontrolle (Koynova et al. 2022: 12). Speziell im Bereich der Primärprävention und politischen Bildung im Strafvollzug gibt es jedoch nur wenige öffentlich einsehbare Informationen und Berichte dazu. Entsprechend kann die Evaluationspraxis hier kaum auf erprobte Methoden zurückgreifen, die auf den Kontext Haft zugeschnitten sind. Einige Träger, die Borchert und Kolleg:innen (2020) in ihrer Übersicht der politischen Bildungsprojekte in Haft listen, verweisen zwar auf die Evaluation ihrer Angebote auf Webseiten oder in Tätigkeitsberichten, jedoch ohne Angaben zu Herangehensweise und Methodik sowie Herausforderungen und Erkenntnissen, die für die Gestaltung zukünftiger Evaluationsvorhaben nützlich wären.

Einen tieferen Einblick bieten die Berichte zur wissenschaftlichen Begleitung des Themenfeldes "Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe" im Bundesprogramm Demokratie leben! (BMBF) von Jukschat und Kolleg:innen (2020) sowie Herding und Kolleg:innen (2021). Die Projekte, die Gegenstand dieser Berichte sind, weisen deutliche Parallelen zu den Angeboten der politischen Bildung in Haft auf, sowohl in Hinblick auf die Projektgestaltung an sich als auch auf die wissenschaftliche Begleitung. Entsprechend liefern die Berichte einige hilfreiche allgemeine, organisatorische und methodische Hinweise, die sich auf die Gestaltung von Evaluation politischer Bildung in Haft übertragen lassen.

Als eine zentrale Herausforderung für die wissenschaftliche Begleitung im Haftkontext beschreiben die Autor:innen die häufig ressourcenintensive Klärung von Rollen und Zuständigkeiten zwischen den beteiligten Akteuren. Vor dem Hintergrund der generellen Überlastung von Projektmitarbeitenden, die wenig Raum für eine angemessene Reflexion und Weiterentwicklung von Maßnahmen lasse (Jukschat et al. 2020: 201), ist dies ein wesentlicher Faktor. Die Autor:innen fordern entsprechend, dass nötige Entwicklungsspielräume für modellhaft angelegte Projektarbeit im Haftkontext geschaffen werden, z.B. für Professionalisierungs- und Teamentwicklungsprozesse, die Weiterentwicklung von Arbeitsansätzen, Vertrauensarbeit und Vernetzung mit den verschiedenen Justizinstitutionen sowie Nachhaltigkeit und Verstetigung der Projekte (Jukschat et al. 2020: 202–204). In methodischer Hinsicht sprechen sich Jukschat und Kolleg:innen (2020: 18) für eine offene Herangehensweise aus, die der Komplexität des Haftkontexts und der dort stattfindenden Projektarbeit angemessen begegnet, z.B. in Form von narrativen Interviews mit allen involvierten Akteursgruppen oder teilnehmenden Beobachtungen der pädagogischen Arbeit. Letztere gehen allerdings aufgrund beschränkter Zugangsmöglichkeiten mit größeren Umsetzungsschwierigkeiten einher (Jukschat et al. 2020: 22–23).

Einige der bis hierhin genannten Aspekte werden ausführlich in den Evaluationsberichten zum Projekt *spiel.raum*⁸ aufgegriffen. Das Projekt bewegt sich im Grenzbereich von universeller und selektiver Prävention (Moussa Nabo et al. 2020: 8), Kernbestandteil ist ein Gruppentraining für junge männliche Inhaftierte. Es hat vorwiegend zum Ziel, einen Diskussionsraum für die Inhaftierten zu schaffen, in dem sog. "KISSeS-Erfahrungen" möglich sind. Zudem sollen die Auseinandersetzung mit der eigenen Identität, die Reflexion von und der Dialog über eigene(n) Erfahrungen und Haltungen sowie das Kennenlernen und Akzeptieren anderer Meinungen gefördert werden (Moussa Nabo et al. 2020: 10). Die Evaluation des Projekts bestand aus einer Begleitung der Konzept(weiter)entwicklung, einer Prozessevaluation bezogen auf praktische und organisatorische Aspekte sowie einer *Outcome*-Evaluation, in der Ergebnisse und Wirkfähigkeit des Projekts beleuchtet wurden (Wistuba 2021: 7).

Die Evaluation wurde formativ, d.h. begleitend, durchgeführt, und während des Projektverlaufs wurden bereits Anpassungen vorgenommen (Moussa Nabo et al. 2020: 32–35). Das partizipative, dialogische und akteursorientierte Vorgehen (Moussa Nabo et al. 2020: 21) setzte ein intensives gegenseitiges Kennenlernen voraus, bei dem wechselseitige Erwartungen und Verständnisse der Professionen und Arbeitslogiken im Laufe eines intensiven Lernprozesses überholt und neu austariert wurden (Moussa Nabo et al. 2020: 48). Als eine zentrale Herausforderung beschreiben die Autor:innen, dass die kalkulierten Kapazitäten im Projekt wenig Zeit ließen für systematische Reflexionen und konzeptionelle Anpassungen zwischen den Projektzyklen und unter Einbezug aller Projektmitarbeitenden (Moussa Nabo et al. 2020: 49). Ebenfalls herausfordernd sei die Wahl geeigneter Erhebungsmethoden gewesen. Anfänglich angedachte teilnehmende Beobachtungen schlossen die Projektmitarbeitenden mit Verweis auf die Vertrauensbeziehung zu den Teilnehmenden aus (Moussa Nabo et al. 2020: 49) und der in den ersten Projektdurchläufen angewandte Interviewleitfaden zur Befragung von Teilnehmenden musste nach ersten Erfahrungen stark angepasst werden.

Insgesamt erforderte die Evaluation mit Blick auf die Rahmenbedingungen in Haft, den Projekt-kontext und die spezielle Zielgruppe viel Flexibilität auf allen Seiten. Die Ergebnisse der *Outcome*-Evaluation deuten darauf hin, dass die Trainings im Rahmen von *spiel.raum* zwar erste (Veränderungs-) Impulse geben konnten, eine nachhaltige Veränderung konsolidierter Einstellungen und Wertehaltungen jedoch nicht erreicht worden sei. Die Autorin des Abschlussberichts begründet dies unter anderem konzeptionell mit der auf kurze Zeit angelegten Maßnahme (Wistuba 2021: 19), stellt aber auch die Frage in den Raum, inwiefern festgestellte Veränderungen überhaupt auf die Maßnahme selbst zurückführbar sind – und nicht etwa auf eine größere Offenheit der Interviewten aufgrund eines gewachsenen Vertrauens in die Interviewenden (Wistuba 2021: 19). Dieser Aspekt verdeutlicht die Schwierigkeit von Wirkungsermittlungen im Bereich sozialer Interventionen, die durch den Kontext des Strafvollzugs verstärkt werden.

⁸ Durchgeführt von Sozialberatung Stuttgart e.V. in Kooperation mit der Fach- und Beratungsstelle für Extremismus Inside Out: https://www.sozialberatung-stuttgart.de/seite/383667/projekt-spiel.raum (letzter Zugriff: 19.04.2022). Der Zwischenbericht der Evaluation ist bei Moussa Nabo et al. 2020 zu finden, der Abschlussbericht bei Wistuba 2021.

⁹ Kontrolle, Integration, Sinnerfahrung und -stiftung, Sinnlichkeitserleben, erfahrungsstrukturierende Repräsentationen und Selbst- und Sozialkompetenzen – vgl. Moussa Nabo et al. (2020), die sich auf Möller (2018) beziehen.

Grundsätzlich wird der Frage nach der Wirksamkeit von Maßnahmen im Bereich der Extremismusprävention eine besondere Bedeutung zugeschrieben (Armborst et al. 2018: 2). Auch für Maßnahmen der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug ist der Bedarf an Wirkungsevaluationen besonders, aber nicht nur, von Seiten der Politik und der Mittelgebenden häufig hoch. Jukschat und Kolleg:innen (2020: 19) zufolge ist Wirkungsorientierung vor allem bei Modellprojekten ein wichtiger Faktor zur Einschätzung der Sinnhaftigkeit. Wirkungsevaluationen verfügen über das Potenzial, entscheidende Erkenntnisse über die generelle (Un-)Wirksamkeit einer Maßnahme zu liefern sowie Wirkungszusammenhänge zu ergründen (Stockmann/Meyer 2014). Allerdings werde "[d]ie derzeit verbreitete Forderung, die Sinnhaftigkeit (pädagogischer) Arbeit allein an ihre "Wirkung" auf die Adressaten zu knüpfen" (Jukschat et al. 2020: 20), der Komplexität dieser Arbeit und dem Kontext, in dem sie stattfindet, nicht gerecht. Bei sozialen Interventionen, die auf persönliche und/oder soziale Veränderungsprozesse abzielen, ist von komplexen Prozessen auszugehen, die einen eindeutigen Wirkungsnachweis auf isolierte Zielvariablen maßgeblich erschweren (Theis et al. 2021: 12). Für soziale Interventionen gelte daher "nicht, einen linearen Zusammenhang zwischen A und B nachzuweisen, sondern zu zeigen, wie bestimmte Elemente ineinandergreifen und so zu einem spezifischen Resultat führen" (Przyborski/ Wohlrab-Sahr 2014: 365). Zudem erfordert die Ermittlung von eindeutigen Kausalzusammenhängen, d.h. von klaren Ursache-Wirkungs-Beziehungen zwischen zwei Variablen, einen Kontext, in dem möglichst viele Einflüsse auf die Messung kontrollierbar sind. Solche Gegebenheiten finden sich ausschließlich in (quasi)experimentellen Settings, die bei sozialen Interventionen nicht gegeben sind. Hinzu kommt, dass der Haftkontext Merkmale mit sich bringt, die Wirkungsevaluationen vor weitere besondere Herausforderungen stellen. Zu nennen sind hier Datenschutzanforderungen, Genehmigungsverfahren sowie Unwägbarkeiten im Haftalltag.

Die bis dato vorhandenen Erkenntnisse im Bereich der Evaluation politischer Bildung im Strafvollzug stammen aus wissenschaftlichen Arbeiten, in denen es weitgehend an Perspektiven anderer wichtiger Akteursgruppen fehlt: Neben Evaluierenden und Projektdurchführenden kommt auch Leitungspersonen von Haftanstalten, Mitarbeitenden der Sozial- und Pädagogischen Dienste (je nach Bundesland und Haftanstalt auch "Erziehungswissenschaftlicher Dienst") und nicht zuletzt dem Allgemeinen Vollzugsdienst eine wichtige Rolle zu, um Ziele, Möglichkeiten und Grenzen von Evaluationen auszuloten. Die Erwartungshaltung und Kooperationsbereitschaft dieser Personengruppen sind einerseits zentrale Gelingensfaktoren, die Gegenstand einer Evaluation sein können. Gleichzeitig sind sie für die Planung und Durchführung von Evaluationsvorhaben entscheidend, seien diese nun auf Prozesse oder auf Effekte (z.B. auf die Teilnehmenden) gerichtet. Dies kann die eigene Beteiligung an Befragungen betreffen wie auch die Schaffung von Rahmenbedingungen und des Datenzugangs für weitere Erhebungen. Um den Rufen nach wissenschaftlich fundierter und verstetigter Evaluation von Angeboten politischer Bildung nachzukommen, die unter anderem Borchert und Kolleg:innen (2020) formulieren, müssen die Perspektiven dieser verschiedenen Personen(gruppen) in den Fokus genommen werden.

1.3 ZIELE UND ZENTRALE FRAGEN DER STUDIE

Das Ziel der hier beschriebenen Fallstudie bestand darin, Erkenntnisbausteine für zukünftige Evaluationen von politisch bildnerischen Maßnahmen in Haft beizutragen. Hierfür wurde ein dringend notwendiger Dialog initiiert, in dem insbesondere die Perspektiven der Praktiker:innen in diesem Feld Berücksichtigung finden sollten. Wir richteten den Blick auf die Ziele politischer Bildungsangebote in Haft, Möglichkeiten und Herausforderungen für Evaluationen und speziell Fragen der Wirkungsermittlung.

Projektziele können auf verschiedenen Ebenen angesiedelt sein. Sie können die Konzeption der Maßnahmen, die strukturellen Rahmenbedingungen zur (erfolgreichen) Durchführung, die Kooperation(sbereitschaft) der beteiligten Akteursgruppen und nicht zuletzt die Auswirkungen auf die Teilnehmenden (aber auch darüber hinaus, z.B. auf das sie umgebende System) betreffen. Evaluationen helfen dabei, die Zielerreichung zu beurteilen. Um Maßnahmen in Haft adäquat evaluieren zu können, müssen die Herausforderungen und Besonderheiten des Haftkontextes unbedingt berücksichtigt werden. Nur so können Ressourcen geschont, umsetzbare Evaluationsdesigns entwickelt, brauchbare Ergebnisse generiert und Frustration vermieden werden. Besonders herausfordernd ist die Ermittlung von Effekten von Maßnahmen im Sinne einer Wirkungsmessung, die klare Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge abbilden soll; die Erfahrungen hierzu sind umso spärlicher gesät. Gleichzeitig formulieren speziell hieran Politik, Öffentlichkeit und Fachpraxis gewisse Erwartungshaltungen, die Aspekte der Machbarkeit nicht immer im Blick haben.

Der vorliegende Report fasst die Perspektiven zu diesen Themen entlang der drei in Kapitel 1 formulierten Leitfragen zusammen. Sie beziehen sich auf Erfahrungen, Erwartungen und Zielformulierungen bei Angeboten der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug; darauf, was bei der Evaluation solcher Angebote generell zu beachten ist, sowie darauf, was speziell bei der Frage nach Wirkungen und Effekten von Maßnahmen der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug berücksichtigt werden muss.

2. VORGEHEN UND DATENGRUNDLAGE

Die in diesem Report vorgestellten Befunde sind das Ergebnis eines intensiven Wissenschafts-Praxis-Dialogs, der im Verlauf des Jahres 2021 im Rahmen des *PrEval*-Projekts geführt wurde. Dieser wurde um Erkenntnisse aus fünf Interviews mit Expert:innen verschiedener Berufsgruppen mit Erfahrungen mit der Institution Haft, Bildungsangeboten im Vollzug und/oder Evaluationen in Haftanstalten ergänzt. Das Ziel bestand darin, Chancen, Bedarfe und Herausforderungen für die Evaluation von Maßnahmen der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug abzubilden und dabei die Perspektiven verschiedener beteiligter Akteure gleichermaßen einzubeziehen, um daraus gemeinsam Evaluationsansätze und -möglichkeiten, aber auch deren Grenzen herauszuarbeiten. Aus der oben beschriebenen Förderlinie "Politische Bildung im Jugendstrafvollzug" der *bpb* wurden, in enger Abstimmung mit den Fördermittelgebenden und den Projektträgern, zwei Projekte ausgewählt und zur Kooperation mit *PrEval* eingeladen. Um ein möglichst breites Bild der Förderlinie und des Handlungsfeldes als

#RESPECT! – JUGENDMEDIENBILDUNG MIT JUGENDLICHEN STRAFGEFANGENEN

PROJEKTTRÄGER:

Haus Neuland e.V., Bielefeld

DURCHFÜHRUNGSORT(E):

JVA Herford, JVA Bielefeld, JVA Hameln

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM:

01.01.-31.12.2021, verlängert bis Q1/2022 wg. pandemiebedingter Verzögerungen

PROJEKTABLAUF:

drei Monate lang vierzehntägig, vier zweitägige Workshops mit aufeinander aufbauenden, aber in sich geschlossenen Modulen, Podcastaufzeichnung am Ende jedes Moduls

ZUGANG/ANSATZ:

Stärkung der Urteilskraft über die aktive Auseinandersetzung mit Rap-Songtexten und den teils darin enthaltenen demokratiefeindlichen, abwertenden Haltungen; auch eigene Medienproduktion

SELBSTBESCHREIBUNG (WEBSEITE):

"In unserem Projekt #Respect! nutzen wir diesen Zugang, um jugendliche Strafgefangene an politische Themen heranzuführen und ihre Medienkompetenz zu fördern. Im Mittelpunkt steht dabei eine kritische Auseinandersetzung mit den im Deutschrap transportierten Narrativen in Bezug auf Geld, Status, Geschlechterbilder und anderen Diskriminierungsformen. Durch die Arbeit mit Songtexten und Musikvideos lernen die teilnehmenden Jugendlichen, ihre eigene politische Haltung zu reflektieren und eigenständig zu urteilen."

WEBSEITE

https://www.haus-neuland.de/bildungsangebot/projekte/respect

Infobox 1

solches zu erhalten, wurden Projekte ausgewählt, die disziplinär, räumlich und konzeptionell unterschiedlich gelagert sind und zugleich auf einschlägige Erfahrungen zurückgreifen können, die für die Beantwortung der zentralen Fragen relevant sind: Das Projekt #Respect! – Politische Jugendmedienbildung mit jugendlichen Strafgefangenen (kurz #Respect!, Infobox 1) wird von Haus Neuland e.V.¹⁰ angeboten, einem etablierter Träger der politischen und Medienbildung mit jahrelangen Erfahrungen in der Arbeit mit marginalisierten Zielgruppen, der das Handlungsfeld Jugendstrafvollzug erst seit



¹⁰ https://www.haus-neuland.de/ (letzter Zugriff: 19.04.2022).

NACHSPIELZEIT – FUSSBALL IM FOKUS POLITISCHER BILDUNG

PROJEKTTRÄGER:

Sozialberatung Stuttgart e.V., Kooperationspartner VfB Fanprojekt (Fanprojekt Stuttgart e.V.)

DURCHFÜHRUNGSORT(E):

JVA Adelsheim, JVA Stuttgart

DURCHFÜHRUNGSZEITRAUM:

01.01.-31.12.2021, zwei Monate pro Projektdurchgang

ZIELGRUPPE:

Gruppenangebot, bis zu acht männliche Teilnehmende zwischen 14 und 21 Jahren

ABLAUF:

acht Einheiten zu je drei Stunden (i.d.R. wöchentlich) mit sieben aufeinander aufbauenden, aber in sich geschlossenen Modulen (Abschlussbesprechung in der letzten Einheit)

ZUGANG/ANSATZ:

Thematisieren gesellschaftlicher Phänomene und deren Auftreten in verschiedenen Facetten des (Profi-)Fußballs, Zugang über den hohen Identifizierungsgrad vieler Jugendlicher mit Profifußballern; verschiedene methodische Ansätze wie Erlebnis- und Theaterpädagogik, Psychodrama oder Systemisches Arbeiten

SELBSTBESCHREIBUNG: *

"Aufhänger für jeden unserer sieben Spieltage sind Zuschauer-Parolen[.] die wir nicht selten im Stadion zu hören bekommen. Darauf abgestimmt betrachten wir Themen wie gewalttätiges Verhalten, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Ausgrenzungserfahrungen, gruppendynamische Prozesse, Heimat und Identität sowie Rollenstereotypen. Zusammen mit den Jugendlichen gehen wir in die Tiefe, sprechen über eigene Erfahrungen, analysieren und reflektieren alternative Sichtweisen. Wir schaffen einen Raum für ein gesellschaftliches Miteinander, in dem Meinungsvielfalt und Diversität anerkannt und akzeptiert werden kann" (S. 31).

* VFB FANPROJEKT SAISONBERICHT 2020/21:

https://www.vfb-fanprojekt.de/wp-content/uploads/2021/12/Saisonbericht-2020_21-klein.pdf

Infobox 2



Kurzem erschließt. *Nachspielzeit – Fußball im Fokus politischer Bildung* (kurz *Nachspielzeit*, Infobox 2) ist ein Kooperationsprojekt der *Sozialberatung Stuttgart* e.V.¹¹ und des *VfB Fanprojekts*¹² (*Fanprojekt Stuttgart* e.V.¹³). *Sozialberatung Stuttgart* e.V. ist als Träger der freien Straffälligenhilfe seit vielen Jahren in der sozialarbeiterischen Gewaltprävention tätig und kann auf umfassende Erfahrungen im Kontext von Strafanstalten zurückgreifen.

Die politische Bildungsarbeit ist für diesen Träger ein neues Betätigungsfeld. Auch zum Thema Evaluation brachten die Projekte bzw. die Projektdurchführenden verschiedene Erfahrungen mit, die viele Potenziale für eine Vertiefung im Rahmen der Zusammenarbeit in *PrEval* bargen – sowohl im "Dreieck" mit den Fördermittelgebenden als auch im jeweils bilateralen Dialog mit *PrEval* und miteinander.

2.1 ARBEITSMODUS IM WISSENSCHAFTS-PRAXIS-DIALOG

Im Zeitraum von Januar bis November 2021 fanden 14 von *PrEval* organisierte – pandemiebedingt größtenteils virtuelle – Arbeitstreffen statt. An den Treffen nahmen neben dem *PrEval*-Team die Durchführenden der Projekte *Nachspielzeit und #Respect!* und der *bpb* teil. Die Zusammenarbeit strukturierte sich zum einen in fünf sogenannte "große" Workshops, an denen sowohl die Projekte als auch die *bpb* sowie ein externer Experte als Kooperationspartner von *PrEval* beteiligt waren. Diese boten einen Austausch zwischen Wissenschaft, Praxis und Mittelgebenden und stellten übergeordnete Themen in den Fokus, z.B. Gelingensbedingungen von politischen Bildungsangeboten im Haftkontext oder die besondere Bedeutung, die der Beziehungsarbeit mit den Teilnehmenden von Angeboten zukommt. Zum anderen fanden vier "kleine" Workshops pro Projekt statt, in denen sich die Mitarbeitenden von *PrEval* eng mit den Projektdurchführenden austauschten. Gegen Ende der Zusammenarbeit fand schließlich ein gemeinsamer Workshop mit beiden Projekten ohne Beteiligung der *bpb* statt.

In den "kleinen" Workshops standen die konkreten Projekterfahrungen der Praktiker:innen im Mittelpunkt. Ausgehend davon wurden Evaluationsinteressen identifiziert, dazu passende konkrete Evaluationsfragen formuliert und es wurde über mögliche Erhebungs- und Auswertungsmethoden zur Beantwortung dieser Fragen diskutiert. Daraus entstand für beide Projekte jeweils ein umfangreicher Fragenkatalog, der potenzielle Evaluationsfragen auf der Konzept-, Prozess- und Wirkungsebene beinhaltet. Tabelle 1 zeigt exemplarisch einige Fragestellungen auf den unterschiedlichen Ebenen.

¹¹ https://www.sozialberatung-stuttgart.de/ (letzter Zugriff: 19.04.2022).

¹² https://www.vfb-fanprojekt.de/ (letzter Zugriff: 19.04.2022).

¹³ http://www.fanprojekt-stuttgart.de/ (letzter Zugriff: 19.04.2022).

	PROJEKT #RESPECT! – JUGENDMEDIENBILDUNG MIT JU- GENDLICHEN STRAFGEFANGENEN	PROJEKT NACHSPIELZEIT – FUSSBALL IM FOKUS POLITISCHER BILDUNG	
KONZEPTEBENE	Ist Deutschrap ein geeigneter Zugang, um Ziele politischer Bildung im Jugendstrafvollzug zu vermitteln und zu erreichen? Was sind die Ziele des Projekts? (kurz-, mittel-, langfristig, politische Bildungsziele, auf individueller Ebene, auf Gruppenebene, auf Ebene der Haftanstalten etc.) Inwiefern wird das Konzept der Zielgruppe gerecht?	Welche Ziele verfolgt das Projekt? Welche Ziele formulieren die beteiligten Akteure (Projektdurchführende/Projektträger, Haftpersonal, Mittelgebende)? Besteht Konsens über die Ziele?	
WIRKUNGSEBENE	Inwiefern sind im Verlauf des Projekts Veränderungen bei den Teilnehmen- den (abgebildet durch verschiedene Ausdrucksformen und Projektoutputs sowie durch das Verhalten während der Sitzungen) erkennbar? Welche mittel- und langfristigen Wir- kungen hat das Projekt?	Wie nehmen die Teilnehmenden das Projekt wahr? Was motiviert die Jugendlichen zur Teilnahme? (Themenwahl, Fußballbe- geisterung, Freunde, Zwang etc.) Welche Effekte hat das Projekt als Ganzes/haben die einzelnen Sitzun- gen auf die Teilnehmenden aus eige- ner Sicht?	
PROZESSEBENE	Inwiefern beeinflussen die Rahmenbedingungen (z.B. zeitlich, personell, finanziell, räumlich etc.) die Durchführung des Projekts? Welche Kooperationsbeziehungen spielen bei der Durchführung eine Rolle und welche Merkmale der Kooperation unterstützen die Durchführung?		

Tabelle 1: Ausgewählte Evaluationsfragen für die beiden Projekte #Respect! und Nachspielzeit. Auf Prozessebene wurden für beide Projekte die annähernd gleichen Fokusse gesetzt. Eigene Darstellung.

Die Fragenkataloge sind ein zentrales Produkt der Zusammenarbeit und zugleich eine wichtige Grundlage für weitere Überlegungen zur Gestaltung von Evaluationsprozessen. Sie spiegeln das spezifische Erkenntnisinteresse der Fachpraktiker:innen im Hinblick auf Evaluationsvorhaben wider, bilden aber auch die Anforderungen der Mittelgebenden ab und beinhalten die sozialwissenschaftliche Perspektive des *PrEval-*Teams. Die Kataloge boten damit einen gemeinsamen Rahmen für den weiteren Dialog- und Reflexionsprozess zu Voraussetzungen, Bedingungen und (methodischen) Möglichkeiten der Evaluation im Kontext des Jugendstrafvollzugs. Sie können zudem für ähnlich ausgerich-

tete Projekte der politischen Bildungsarbeit im Haftkontext eine Orientierung bei der Gestaltung von Evaluationsvorhaben bieten.¹⁴

2.2 DATENGRUNDLAGE: WORKSHOPS, PROJEKTTAGEBÜCHER UND EXPERT:INNENINTERVIEWS

Für die Nach- und Vorbereitung der Arbeitstreffen sowie als Grundlage für den vorliegenden Report wurden alle Workshops stichwortartig protokolliert, ausgewählte Treffen wurden nach Absprache und mit Einverständnis der Beteiligten aufgezeichnet und transkribiert. Zusätzlich zu den Protokollen, Transkripten und Arbeitsergebnissen (v.a. in Form der Fragenkataloge) wurden Einträge sogenannter "Projekttagebücher" herangezogen, um die drei zentralen Fragen der Fallstudie zu beantworten. Diese Tagebücher wurden vom PrEval-Team für die Zusammenarbeit im Rahmen der Fallstudie entwickelt und dienten als niedrigschwelliges Kommunikationstool zwischen PrEval und den Projektdurchführenden. Die Tagebücher beinhalteten je nach Status der Projektarbeit (d.h. Konzeptions- und Vorbereitungsphase oder während der Durchführung) kurze Fragen z.B. zum aktuellen Stand, zu Entscheidungsprozessen, Herausforderungen und etwaigen Anpassungen des Projekts. Damit konnte ein regelmäßiger Austausch zwischen PrEval und den Projekten über die Arbeitstreffen hinaus garantiert werden, der den Projektdurchführenden teilweise auch zur internen Reflexion diente. Zudem boten die Einträge Ansatzpunkte für die später formulierten Evaluationsfragen. So wurden beispielsweise fragile Punkte in der Zusammenarbeit zwischen Projektdurchführenden und der Haftanstalt bzw. dem in die Projekttätigkeit eingebundenen Haftpersonal benannt. Details zu Entwicklung und Einsatz der Projekttagebücher und ihrem Potenzial als Evaluationsinstrument finden sich in Kapitel 3.2.

Darüber hinaus führte das *PrEval*-Team zwischen Juli und September 2021 leitfadengestützte Interviews, um die Erkenntnisse aus den Workshops mit den Perspektiven ausgewählter Expert:innen anzureichern. Auf Hinweise der Praxispartner:innen hin sowie basierend auf eigenen Recherchen wurden zwölf Personen kontaktiert, deren Perspektiven aufgrund ihrer Expertise bzw. eigenen Arbeitserfahrung, insbesondere mit Blick auf Projekte und Angebote externer Bildungsträger in Haft, wichtige Bausteine zur Fallstudie beitragen konnten. Schließlich wurden fünf Personen interviewt, die sich entweder als (1) Expert:innen für Evaluation mit Erfahrung im Haftkontext, (2) Expert:innen für den Jugendstrafvollzug/den Haftkontext im Allgemeinen (z.B. Mitarbeitende von Erziehungswissenschaftlichen/Pädagogischen Diensten von Jugendstrafanstalten)¹⁵ oder (3) wissenschaftliche Expert:innen für (politische) Bildungsarbeit in Haft einordnen lassen.

Die Expert:innen wurden zum einen zu ihrer Sicht auf die Rolle politischer Bildung in Haft, eigenen Erfahrungen mit bisherigen (ggf. ähnlichen) Projekten sowie möglichen und tatsächlichen Zielsetzungen und Grenzen entsprechender Angebote befragt. Zum anderen wurde der Themenkomplex

¹⁴ Die vollständigen Fragenkataloge stehen zur Ansicht und als Orientierungshilfe für Praktiker:innen auf der *PrEval-* Webseite zur Verfügung: https://preval.hsfk.de/ergebnisse/prif-reports

¹⁵ Gespräche mit Mitarbeitenden des Allgemeinen Vollzugsdienstes konnten angesichts des engen Zeithorizontes der Studie sowie sehr begrenzter zeitlicher Ressourcen auf Seiten des Haftpersonals nicht geführt werden.

Evaluation beleuchtet – etwa mit Fragen zum (erwarteten) Nutzen von Evaluationen, möglichen organisatorischen wie methodischen Schwachstellen sowie eigenen Erfahrungen mit und Erwartungen an Evaluation und wissenschaftliche Begleitung. Die Interviews wurden mithilfe eines teilstandardisierten Leitfadens per Videokonferenz geführt und mit Einverständnis der Teilnehmenden aufgezeichnet, pseudonymisiert transkribiert und ausgewertet.

Die Auswertung des gesamten Datenmaterials orientierte sich an der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015). Als theoriegeleitetes und systematisches Analyseverfahren bietet diese den Vorteil, offen und unverfälscht mit verschiedenen Textdokumenten umzugehen. Im Zentrum der Mayring'schen Inhaltsanalyse steht das Kategoriensystem, das die Ziele des Forschungsvorhabens in Form von Kategorien erfasst und konkretisiert (Mayring 2015: 13–14, 51–52). In der beschriebenen Fallstudie stellten die Kategorien Antwortelemente auf die drei zentralen Fragestellungen dar. Entwickelt wurde das Kategoriensystem in einem gemischten deduktiven und induktiven Vorgehen. In einem ersten Schritt wurden Kategorien deduktiv aus dem relevanten Forschungs- und bisherigen Erkenntnisstand im Rahmen der Fallstudie abgeleitet. Nach einer Durchsicht des Materials wurden die Kategorien induktiv konkretisiert und ergänzt. Das Material (Auswertungseinheit) wurde computergestützt mithilfe von *MAXQDA* und in chronologischer Reihenfolge kodiert. Als kleinstmögliche Einheit wurden einzelne Wörter oder Satzteile (Kodiereinheit), als größtmögliche Einheit ein sinngemäß abgeschlossener Textausschnitt (Kontexteinheit) behandelt. Die so identifizierten Antwortelemente für die jeweiligen Fragestellungen konnten anschließend weiter zusammengefasst, interpretiert und abstrahiert werden.

3. ANTWORTEN AUF DIE ZENTRALEN FRAGEN

In den folgenden Abschnitten beleuchten wir die Perspektiven von Repräsentant:innen der an der Planung und Durchführung von Projekten der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug sowie deren Evaluation beteiligten Personengruppen, die wir mithilfe der in Kapitel 2 dargestellten Formate und Erhebungen gewinnen konnten. In der Darstellung der Ergebnisse wird die Anonymität aller Personen gewahrt. Wo möglich, weisen wir auf die Zugehörigkeit zur Personen-/Berufsgruppe hin. Zur besseren Lesbarkeit werden wörtliche Zitate etwas verkürzt und teilweise um Versprecher, Wiederholungen und Füllwörter bereinigt wiedergegeben, ohne Inhalt oder Sinn zu verändern.

3.1 WELCHE ERFAHRUNGEN, ERWARTUNGEN UND ZIELFORMULIERUNGEN LEITEN ANGEBOTE DER POLITISCHEN BILDUNG IM JUGENDSTRAFVOLLZUG?

Die befragten Expert:innen bestätigen den Eindruck, dass in Deutschland bislang keine flächendeckenden, verstetigten Angebote der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug existieren, sondern

¹⁶ Die Erkenntnisse aus den Interviews sind aufgrund der sehr begrenzten Stichprobe dieser Fallstudie, bundeslandund haftanstaltsspezifischer Gegebenheiten sowie der Subjektivität der befragten Akteure nicht generalisierbar. Aufgrund der Expertise der Interviewpartner:innen in einem Feld, das sich noch im Aufbau befindet, bieten sie dennoch eine wichtige Basis für die Auseinandersetzung mit dem Thema und weitere Untersuchungen.

vor allem Modellprojekte, die "den Weg freischaufeln" (Interview Nr. 1). Es wird kritisch angemerkt, dass diese Angebote manchen Haftanstalten vor allem als eine Art Aushängeschild dienen und der Nutzen für die Teilnehmenden eher sekundär sei. So mahnt eine Interviewpartnerin an, es sei "gar nicht so wichtig, ob das jetzt was nützt im Sinne von Effekten. Und es ist natürlich für die Anstalt auch ein guter Weg, sich der Öffentlichkeit zu präsentieren" (Interview Nr. 2). Die Dialogpartner:innen sprechen sich einhellig dafür aus, politische Bildungsangebote zu einem größeren, wenn nicht gar regulären Bestandteil des Jugendvollzugs zu machen. Bisher spiele das Thema in Haftanstalten häufig eine lediglich untergeordnete Rolle. So zeige sich, wenn man politische Bildung in einem engen, wissensorientierten Sinne als die Lehre vom politischen System und politischer Prozesse begreife, "dass das nicht unbedingt ein Fach ist, auf das groß Wert gelegt wird im Kontext von Unfreiheitssettings oder Jugendvollzug" (Interview Nr. 5). Auch heben die befragten Expert:innen kontextuelle Herausforderungen des Strafvollzugs für Maßnahmen der politischen Bildung hervor:

"Diese Alltagsdemokratie, dass man merkt, wenn ich mich engagiere, wenn ich mit anderen diskutiere, wenn ich Kompromisse suche und so was, das ist die eigentliche politische demokratische Bildung, die stattfinden sollte und zum Teil auch stattfindet. Aber da kommt der Vollzug halt noch schneller an die Grenzen wie jetzt eine Schule außerhalb zum Beispiel. Im Vollzug endet halt, immer wenn es um Sicherheit und Ordnung geht, ziemlich schnell die Diskussion" (Interview Nr. 2).

Einige Expert:innen geben an, dass unter den Gegebenheiten der Haft politische Bildung im Sinne von Befähigung zur Mündigkeit weder möglich noch gewünscht sei, denn dies würde Räume für reale Mitbestimmung und gelebte Demokratie erfordern, was den regulären Ablauf in den Haftanstalten störe. Aus systemischer Sicht, so manche Stimmen, biete der Strafvollzug gar keinen Platz für politische Bildung, da Mitbestimmung, Partizipation und Teilhabe die Institution (Jugend-)Strafvollzug als Ganzes in Frage stelle (Interview Nr. 5).

ANPASSUNG DER ANGEBOTE AUF DIE ZIELGRUPPE: DER LEBENSWELTNAHE ZUGANG

Die Gegebenheiten des Strafvollzugs und die Zielgruppe in Haft hingen demnach entscheidend mit der Gestaltung der Angebote der politischen Bildung im Strafvollzug zusammen und es sei wichtig, die Angebote an Kontext und Zielgruppe anzupassen. Konzepte und Methoden der politischen Bildung "von draußen" seien nicht ohne Weiteres in die Haftanstalten übertragbar. Positiv angemerkt wird in diesem Zusammenhang, dass sich viele Projekte dessen bereits bewusst seien und dass entsprechend gestaltete Angebote über das Potenzial verfügen, in Haft Zielgruppen anzusprechen, die sonst nur schwer mit Maßnahmen der politischen Bildung erreichbar wären (Interview Nr. 1). Umso wichtiger sei es, gerade in Modellprojekten Konzepte zu testen, die zu der speziellen Lebensrealität der Inhaftierten passen, wobei auch der soziale Hintergrund der Jugendlichen in Haft berücksichtigt werden muss. Die behandelten Themen sollten entsprechend gewählt und an der Zielgruppe ausgerichtet werden:

"Abstrakte Themen wie Demokratie und Wahlen und Parteien und Willensbildung und Meinungsfreiheit, das sind Themen, die hören sich ganz sexy an und die mögen auch an den Schulen, in Oberstufen verfangen und für Diskussionsstoff sorgen und für gewissen politischen Aktivismus. Aber ich glaube, in einem JVA-Kontext werden sie damit nicht allzu viel erreichen. Nicht nur, weil wahrscheinlich die meisten oder die Hälfte der Jungen, die dort sitzen, eh nicht wählen dürfen. Und wenn sie wählen dürfen, kommen sie wahrscheinlich aus einem sozialen Kontext, in dem die Frage nach Wahlen, Parteien und politisches System Deutschland überhaupt gar keine Rolle spielt, oder zumindest nicht in dieser Form, dass sie jetzt da so ansetzen können. Sondern man muss gucken, was ist für sie die Lebenswelt. Welche Probleme oder welche Anknüpfungspunkte haben sie da" (Interview Nr. 4).

Entsprechend plädieren die befragten Expert:innen, übereinstimmend mit den Empfehlungen von Borchert und Kolleg:innen (2019, 2020), für einen lebensweltnahen Zugang. Dieser kann ggf. augenscheinlich zunächst wenig mit politischer Bildung zu tun haben und beispielsweise über Themen wie Essen, Kleidung, Fußball oder Musik erfolgen. Ein weiterer potenzieller Zugang sei die Diskussion tagesaktueller politischer Themen. Diese könne ggf. auch eine primärpräventive Funktion erfüllen, z.B. durch Aufklärung über Desinformation und Verschwörungstheorien (vgl. Interview Nr. 1).

BEDEUTUNG DER GRUPPENZUSAMMENSETZUNG UND AUSWAHL DER TEILNEHMENDEN

Neben der inhaltlichen Gestaltung spiele auch die Gruppenzusammensetzung bei Angeboten in Haft eine zentrale Rolle. Zum einen betrifft dies die Teilnehmendenzahlen, die, bedingt durch unwägbare Umstände wie Verlegungen oder Strafmaßnahmen, stark fluktuieren können. Dies kann den Aufbau einer stabilen und vertrauensvollen Gruppendynamik maßgeblich erschweren. Zum anderen ist die Auswahl der Teilnehmenden ebenfalls ein wichtiger Aspekt. Die Expert:innen merken kritisch an, dass die Gruppenzusammensetzung häufig aus organisatorischen Überlegungen heraus erfolge, beispielsweise um die Zuführung der Inhaftierten zur Gruppe zu erleichtern. Wünschens- und empfehlenswert sei jedoch vielmehr, dass die Zusammensetzung in Absprache mit dem Sozialdienst geschehe, der Haftanstalt und einzelne Inhaftierte gut kenne:

"So findet die Auswahl häufig eher nach dem statt, wo braucht man gerade ein Angebot, wo schadet es nicht, wo muss man die Gefangenen vielleicht ein bisschen beschäftigen, welches [Hafthaus] muss man mal wieder bedienen, damit es nicht heißt, die einen kriegen immer was und bei uns läuft gar nichts. Das sind dann also fast wichtigere oder zumindest auch sehr wichtige Auswahlkriterien für die Teilnehmer, und nicht so sehr die Frage, hat der das jetzt so notwendig, passt diese Art von Trainingsmaßnahme oder von Bildungsmaßnahme zu dem oder passt die nicht so sehr zu dem" (Interview Nr. 2).

Bezüglich einer sinnvollen Auswahlstrategie für die Teilnehmenden zeigen sich in den Expert:inneninterviews unterschiedliche Meinungen: Auf der einen Seite steht der Wunsch nach einer Einengung der Zielgruppe, um diejenigen abzuholen, die besonders interessiert sind oder einen speziellen "Bedarf" nach politischer Bildung haben. Auf der anderen Seite betonen Sozialwissenschaftler:innen den universellen Charakter politischer Bildung, die heterogene, breite Zielgruppen in den Blick nehme.

7 IFI FRWARTINGEN AN POLITISCHE BILDING IN HAFT AUS SICHT DER VERSCHIEDENEN AKTEURSGRUPPEN

Die hier aufgeführten Aspekte verdeutlichen, dass es bei der Konzeption von Maßnahmen der politischen Bildung in Haft viele systemische Merkmale zu beachten gilt. Diese Merkmale hängen auch eng mit der Frage zusammen, was Angebote der politischen Bildung in Haft leisten können und welche Zielerwartungen unter den gegebenen Umständen gestellt werden können – eine Frage, die gerade im Zusammenhang mit der Evaluation solcher Maßnahmen eine große Rolle spielt. Tabelle 1 in Kapitel 2 dieses Reports zeigt, dass für die Evaluation von Maßnahmen die Frage nach den Zielen des jeweiligen Projekts den zentralen Ausgangspunkt darstellt: Was soll mit dem jeweiligen Projekt erreicht werden? Welche Veränderungen werden basierend auf dem Konzept des Projekts erwartet?

Die meisten Interviewpartner:innen scheinen diesbezüglich grundsätzlich ähnliche, jedoch meist abstrakte Vorstellungen zu haben. Diese lassen sich breit unter Begriffen wie "Bewusstseinsbildung", "Aufklärung", "Demokratisierung", "Partizipation", "Teilhabe", "Mitbestimmung", "kritischer Blick", "(Selbst-)Reflexion", "(Ambiguitäts-)Toleranz", "Engagement", "Förderung des Verantwortungsgefühls" etc. fassen. Fachpraktiker:innen, die selbst Projekte in Haftanstalten durchführen, formulieren ebenfalls relativ abstrakte Ziele für ihre Maßnahmen. Sie betonen beispielsweise die Förderung von Ambiguitätstoleranz als zentrales Ziel. Auch enger gefasste Ziele wie die Herausbildung von Medienkompetenz und die Reflexion des eigenen Medienkonsums werden genannt. Gerade letztere seien niedrigschwellig und über lebensweltnahe Zugänge gut an die Zielgruppe vermittelbar. Schwieriger gestalte sich dies hingegen bei den allgemeinen Zielen der politischen Bildung, wie der Vermittlung von Demokratieverständnis, Partizipation, Teilhabe, Selbstwirksamkeit etc., da diese dem System Haft diametral entgegenstehen.

Ein:e Expert:in betont, dass die kurz-, mittel- und langfristigen Ziele unter anderem von der Art des Projekts abhängen. So seien bei Projekten, in denen es um reine Wissensvermittlung gehe, andere Veränderungen zu erwarten als beispielsweise bei solchen, die sich der Neugestaltung von Gemeinschaftsräumen unter Partizipation der Inhaftierten widmen. Langfristig sei das Ziel,

"dass es auch über die Haftzeit hinaus den Leuten was bringt [zum] sich Zurechtfinden in der größeren Gesellschaft, sozusagen. Und kurzfristig, ganz global gesagt, Kompetenzen, die helfen, mit dem Gefängnisalltag klarzukommen oder den zumindest im Kopf zu reflektieren oder da einfach eine sinnvolle Zeit zu haben" (Interview Nr. 1).

Viele der befragten Expert:innen schätzen das Potenzial für das Erreichen langfristiger politischer Bildungsziele, im Gegensatz zu kurz- oder mittelfristigen Zielen, als relativ gering oder zumindest ungewiss ein. Gerade die Fachpraktiker:innen geben zu bedenken, dass sich die Zielgruppe in einem besonderen Setting befinde und daher unklar sei, inwiefern ein kurzzeitig angelegtes Programm es vermag, persönliche Haltungen und Einstellungen langfristig zu verändern. Diese Einschätzung deckt sich mit den Ergebnissen der Evaluation des Projekts spiel.raum. Hier sei es zwar teilweise gelungen, Denkanstöße zu vermitteln und die Perspektive der Teilnehmenden zu erweitern; an verfestigten Einstellungen habe sich jedoch keine Veränderung gezeigt (Wistuba 2021: 27-29). Zudem liege laut den befragten Expert:innen eine Schwierigkeit für die Formulierung von langfristigen Zielen darin begründet, dass sich entsprechende Effekte vermutlich – wenn überhaupt – erst lange nach der Haftzeit zeigen (z.B. Toleranz und das Aushalten anderer Lebensentwürfe, die Reflexion des eigenen Welt- und Selbstverständnisses, Interesse an politischer Teilhabe etc.). Der Lebens- und Reflexionsraum in Haft sei deutlich eingeschränkt und zudem (in der Regel) homogener als die Lebenswelt in Freiheit. Daher entstünden nur wenige Situationen, in denen die vermittelten Themen und Fähigkeiten sozusagen "zum Einsatz kommen" könnten. Dieser Aspekt spiegelt den eher skeptischen Grundtenor aller Gesprächspartner:innen wider: Der Kontext Haft kann die Erreichung von Zielen der politischen Bildung erschweren oder gar konterkarieren. Bei der Formulierung von Zielvorstellungen dürfe dies nicht außer Acht gelassen werden:

"Da könnte man auch die Konzepte im Jugendstrafvollzug zum Teil hinterfragen. Da macht ihr Schulungen mit sechs Nachmittagen, bringt denen bei, wie Demokratie funktioniert, Mitbestimmung und das Ganze, und Engagement, und danach schickt ihr sie wieder in ihre Zellen, in den Regelvollzug ohne Wohngruppen, wo es heißt, Müller, rauskommen bitte, Besuch für Sie, nach vorn. Oder heute gibt es das Essen. Was, schmeckt Ihnen nicht? Wir sind hier doch nicht im Wunschkonzert. Ich will damit sagen, diese Inhalte, die in der politischen Bildung transportiert werden, die wichtig sind, Menschenrechte, Menschenwürde und was weiß ich alles, die werden halt konterkariert [im Haftalltag]" (Interview Nr. 2).

Neben Zielen auf Ebene individueller Teilnehmender können auch strukturelle Veränderungen in den Haftanstalten als mittel- oder langfristige Ziele von Maßnahmen der politischen Bildung formuliert werden, beispielsweise hinsichtlich des Umgangs von Inhaftierten miteinander oder auch des Verhältnisses zwischen Haftpersonal und Inhaftierten. Ein möglicher Indikator für den positiven Einfluss von Maßnahmen auf Haftstrukturen könne, den Fachpraktiker:innen zufolge, etwa darin bestehen, in Haftanstalten eine Offenheit für vergleichbare zukünftige Angebote zu erreichen und ggf. zu deren Verstetigung beizutragen.

Einige der befragten Personen sehen die Aufgabe von Maßnahmen der politischen Bildung primär darin, überhaupt Angebote zu schaffen. Das Ziel sei es, Reflexionsräume zu eröffnen und Mitgestaltung zu ermöglichen, ein Stück Normalität "von außen" hinter die Mauern zu bringen und den jugendlichen Inhaftierten eine Beschäftigung abseits der institutionellen und subkulturellen Strukturen zu bieten. Den Inhaftierten solle es ermöglicht werden, ihre Meinung ohne Angst vor etwaigen Konsequenzen äußern zu können – etwas, das in Haftanstalten sonst nur bedingt möglich sei. Teilweise

vertreten die befragten Expert:innen die Ansicht, dass alle Angebote, die einen Raum dafür schaffen, besser seien als keine Angebote. Dies deckt sich mit den Befunden aus dem Evaluationsbericht zum Projekt spiel.raum, in dem das Ermöglichen solcher Erfahrungen (dort konzeptualisiert über den "KISSeS-Ansatz" von Möller) als zentraler Erfolg gewertet wird (Wistuba 2021: 31). Die formalen Ziele der politischen Bildung scheinen hier zunächst eine untergeordnete Rolle zu spielen. Dies kann zu Zielkonflikten mit den Mittelgebenden führen, die Projekte ausdrücklich mit Blick auf die Ziele der politischen Bildung fördern und entsprechende Erwartungen an die Maßnahmen richten. Insgesamt zeigt sich in den Gesprächen mit den verschiedenen Akteursgruppen, dass aus den jeweiligen Rollen auf der einen und unterschiedlichen disziplinären Selbstverständnissen auf der anderen Seite Differenzen in den Zielvorstellungen erwachsen können:

"Also ich glaube, wir haben schon ein paarmal festgestellt, dass [Mittelgebende] beispiels-weise vielleicht ein bisschen höhere Erwartungen daran [haben], welche Ziele politischer Bildung mit dem Projekt erfüllt werden können, oder vielleicht einfach noch nicht so genau [wissen], was geht und was nicht geht, und [haben] eben einen gewissen Zielkatalog, der an alles Mögliche an politischen Bildungsmaßnahmen angelegt wird. Und vielleicht haben die Haftanstalten noch mal eine [andere/eigene, Anm. d. Verf.] Vorstellung davon, was dieses Projekt eigentlich genau ist, und was dann am Ende bei den Inhaftierten für Prozesse oder sonst irgendwas angestoßen [werden]" (Workshop 1_Projekt A).

Grundsätzlich geht aus den Interviews mit den Expert:innen und den Diskussionen in den verschiedenen Austauschformaten eine gewisse Vorsicht gegenüber umfangreichen, hoch gesteckten Zielformulierungen hervor – zum einen aufgrund der Spannungsfelder im widersprüchlichen Kontext Haft und der begrenzten zeitlichen und strukturellen Möglichkeiten; zum anderen, um eine Überforderung der Teilnehmenden zu vermeiden, die besondere Voraussetzungen und Bedürfnisse mitbringen (vgl. auch Wistuba 2021: 29–30). Es gehe primär darum, das Recht auf (politische) Bildung auch im Haftkontext umzusetzen – zugunsten dessen müsse man von der Formulierung hehrer Ziele absehen.

3.2 WAS IST BEI DER EVALUATION VON ANGEBOTEN DER POLITISCHEN BILDUNG IM JUGENDSTRAFVOLLZUG ZU BEACHTEN?

Grundsätzlich schätzt der größere Teil der Expert:innen, auch aus der Fachpraxis, die Relevanz von Evaluationen als sehr hoch ein. Diese müssten jedoch richtig gerahmt werden. Es solle nicht nur darum gehen, Evaluationen als Steuerungsinstrument im Sinne einer Entscheidung für/gegen die Förderung einer Maßnahme zu sehen, sondern auch das Lernpotenzial von Evaluationen zu nutzen. Demnach könnten Evaluationen dabei unterstützen, Wissen über verwendete Konzepte von Maßnahmen zu vermitteln, zur Optimierung entsprechender Maßnahmen beizutragen und etwa auch zu prüfen, inwiefern sowohl intendierte als auch nicht-intendierte Projektziele erfüllt bzw. nicht erfüllt wurden. Damit können sie zu einer Spezifikation von Projektzielen und zur Verbesserung von Projekten beitragen, und das nicht nur nach Abschluss, sondern auch schon während der Durchführung. Die Expert:innen sprechen sich damit klar dafür aus, den Fokus von Evaluationen nicht ausschließ-

lich post hoc auf Wirkungen, sondern auch auf die Konzeption von Maßnahmen und Prozesse während der Durchführung zu legen. Speziell in einem Bereich, in dem stark mit Modellprojekten gearbeitet wird, scheint ein Fokus auf formative Evaluationen ein gewinnbringender Ansatz zu sein. Die Gesprächspartner:innen betonen dennoch auch die Wichtigkeit der Legitimationsfunktion von Evaluationen gegenüber Mittelgebenden.

DEN KONTEXT BEACHTEN: EVALUATIONEN IN (JUGEND-)STRAFVOLLZUGSANSTALTEN

Die befragten Expert:innen betonen den Vorteil von etablierten Kooperationsstrukturen, wo Evaluationen durchgeführt werden. Ein:e Expert:in illustriert die Hürden, die externe Forschende/Evaluierende in einigen Bundesländern überwinden müssen, um in Haftanstalten forschen bzw. evaluieren zu können:

"Wenn der [kriminologische Dienst, Anm. d. Verf.] das nicht genehmigt, dann kriegen Sie nichts. Wenn Sie den kriminologischen Dienst schon mal auf Ihrer Seite haben, dann haben Sie ein gutes Argument gegenüber den Leitungen. Das wäre dann die nächste Ebene. Wenn die Leitung sagt, ich möchte das, dann wird das gemacht, also dann auch Bedienstete, die keinen Bock drauf haben, dann wird das halt gemacht. Aber trotzdem natürlich – ich merke das jetzt ja auch in unserem Modellprojekt – wir sind da viel mehr drin, also man kennt sich, die kennen uns, und die lehnen uns nicht ab, vielleicht, wie Externe oder Wissenschaftler:innen sonst abgelehnt werden. Das macht schon noch mal einen Unterschied. Aber ohne, dass die Leitung sagt, das soll hier gemacht werden, könnten wir das auch nicht machen" (Interview Nr. 5).

Das Zitat verdeutlicht, dass bereits geknüpfte Kontakte Zugänge in die Haftanstalten ggf. erleichtern und Räume für Evaluationsvorhaben schaffen können. Solche Kontakte seien bislang jedoch nicht die Regel, in den meisten Fällen sei mit längeren Vorlaufzeiten, umfangreichen Genehmigungsprozessen und strengen Datenschutzerwägungen zu rechnen. Entsprechende zeitliche Ressourcen sollten vorgehalten werden. Bei allem Mehrwert, den die Gesprächspartner:innen aus Wissenschaft und Fachpraxis sinnvoll an- und umgesetzten Evaluationen zuschreiben, wird auch eine kritische Auseinandersetzung mit Zielformulierungen und Limitationen sowie dem enormen Ressourcenaufwand von Evaluationen gefordert. Dieser zusätzliche Aufwand müsse mit Blick auf Erkenntnisinteressen, Evaluationsziele und methodische Erwägungen sowie die Umsetzbarkeit im praktischen Projektalltag berücksichtigt werden. Ähnliches gilt für weitere potenziell für eine Evaluation interessante Personengruppen, beispielsweise Mitarbeiter:innen der Haftanstalten. Diese stehen in der Regel nur während des laufenden Dienstes für Erhebungen zur Verfügung, während sie gleichzeitig regulär in ihren Abteilungen gebraucht werden. Auch hier bedarf es guter Beziehungen zu den Anstaltsleitungen, die diesen zusätzlichen Aufwand befürworten und genehmigen (oder gar anordnen) müssen.

Strukturelle und organisatorische Rahmenbedingungen im Haftalltag können ebenfalls nicht zu unterschätzende Störfaktoren für Evaluationsvorhaben, etwaige kurzfristige Wirknachweise oder gar längerfristige Effektivitätsprüfungen darstellen. Beispielsweise arbeiten viele Bildungsangebote in Haft nicht mit einer feststehenden Gruppe an Teilnehmenden, sondern mit halboffenen Gruppen und modular aufgebauten Konzepten. Im Jugendstrafvollzug und dort insbesondere in der Untersuchungshaft kommt es häufig vor, dass Inhaftierte kurzfristig in ein anderes Hafthaus oder eine ganz andere Einrichtung verlegt werden, dass Gerichtstermine, externe Termine mit Jugendämtern und anderen Betreuungsinstanzen kurzfristig vereinbart oder verschoben werden, oder dass den Inhaftierten die Teilnahme am Bildungsangebot (komplett oder punktuell) als Sanktion für Fehlverhalten untersagt wird. Dies wirkt sich insofern auf Evaluationsvorhaben aus, als dass die spezifische Zielgruppe nicht klar/durchgängig festgelegt werden kann. Das bringt vor allem systematische Betrachtungen über die Zeit hinweg und klassische Vorher-Nachher-Vergleiche an Grenzen – Ansätze, die mit Blick auf Wirkungsnachweise und Effektivitätsprüfungen üblicherweise genutzt werden (siehe Abschnitt 3.3).

HERAUSFORDERUNGEN UND MÖGLICHKEITEN FÜR DATENERFASSUNGEN IN HAFTANSTALTEN

Evaluation erfordert die Erfassung von Daten. In Abhängigkeit von den konkreten Erkenntnisinteressen einer Evaluation müssen zunächst geeignete und verfügbare Datenquellen identifiziert werden. Die befragten Expert:innen weisen darauf hin, dass auch hier der Haftkontext als geschlossener Raum spezielle Herausforderungen birgt. Es stellen sich beispielsweise folgende Fragen: Wer kann unter den gegebenen Umständen wie befragt werden? Welche Daten dürfen genutzt werden? Wer erteilt in der Haftanstalt die Genehmigung für die Erfassung der entsprechenden Daten? Welche Datenschutzbestimmungen gilt es zu beachten? Diese und weitere Fragen betreffen die Nutzung von anstaltsinternen Dokumenten ebenso wie die Befragung von Mitarbeitenden.

Als besonders herausfordernd und zugleich zentral wird der Einbezug der Angebotsteilnehmenden, d.h. der inhaftierten Jugendlichen, in die Evaluation beschrieben. In einem Umfeld, in dem Inhaftierte kontinuierlich unter Beobachtung stehen, spielt das Thema Vertrauen eine besondere Rolle, nicht nur zu Projektdurchführenden, sondern auch zu Evaluierenden. Persönliche Erlebnisse in der Vergangenheit (z.B. Diskriminierungserfahrungen) und die Befürchtung von negativen Konsequenzen (z.B. Eintragungen in die Sozialakte) können die Vertrauensbildung erschweren, sodass der Einsatz gängiger sozialwissenschaftlicher Methoden wie beispielsweise Interviews, Gruppendiskussionen oder Beobachtungsformate voraussetzungsreich sein kann. Einige Fachpraktiker:innen betonen, dass teilnehmende Beobachtungen als eher invasive Erhebungsmethode Schwierigkeiten mit sich bringen:

"[Es war] angedacht, eventuell eine teilnehmende Beobachtung zu machen und da sind wir aber relativ schnell an die Grenze gekommen, gerade durch den Haftkontext. Weil gerade in der Haft, wo eventuell auch Sozialpunkte und ob man auf Bewährung rauskommt, am Betragen hängen, ist eine große Skepsis, wenn Leute da sitzen und schreiben sich was auf. Dann könnte sehr schnell das Gefühl bestehen, [Name anonymisiert, Anm. des

Verfassers] sind da, das ist ein Trick von der JVA und die sollen nur testen, wie wir uns verhalten und deswegen ist das zumindest in dem Kontext aus dem Fokus geraten" (Workshop 1_Projekt B).

Gleichzeitig berichtet ein:e Sozialwissenschaftler:in von guten Erfahrungen mit und dem enormen Potenzial von Beobachtungen im Haftkontext, wenn diese über einen längeren Zeitraum erfolgen können. Dieser Kontrast verdeutlicht, dass es keine methodischen Blaupausen für Evaluationen von Bildungsangeboten in Haftanstalten geben kann. Die Wahl von Evaluationsdesigns und eingesetzten Methoden muss situativ, kontextangemessen und in enger Abstimmung zwischen Projektdurchführenden, Haftanstalten und Evaluierenden erfolgen.

ANPASSUNG DER ERHEBUNGSMETHODEN AUF DIE ZIELGRUPPE DER INHAFTIERTEN

Neben der Lebens- und Überwachungssituation in Haft müssen auch andere Merkmale der Inhaftierten bei der Wahl und Gestaltung von Datenerhebungsmethoden berücksichtigt werden. Dies betrifft etwa die sprachliche Gestaltung, die Komplexität und den Umfang von Erhebungsinstrumenten:

"Man muss relativ einfache Sprache verwenden, sonst verstehen das die Jungs nicht. Wenn sie noch entsprechend Migrationshintergrund haben, tun sie sich eh schwerer mit der deutschen Sprache. Also muss man ganz einfache Fragen stellen. Und man hat eine ganz kurze Aufmerksamkeitsspanne. Also alles, was über fünf Seiten oder so hinausgeht, Fragebogen, das füllt niemand freiwillig oder entsprechend aus" (Interview Nr. 2).

Dieser Eindruck spiegelt sich in den Erfahrungen der Evaluierenden des Projekts *spiel.raum* wider: Der zur Befragung der Projektteilnehmenden eingesetzte Interviewleitfaden bestand zunächst vornehmlich aus geschlossenen, standardisierten Fragen. Dies führte zu Verständnisproblemen und daraus resultierenden oberflächlichen Antworten wie auch zu Verunsicherungen bei den Befragten, die den Aufbau einer vertrauensvollen Atmosphäre erschwerten und teils sichtlich sozial erwünschtes Antwortverhalten hervorriefen (Wistuba 2021: 11). Eine Anpassung hin zu einem eher alltagsnahen Gespräch mit ausschließlich offenen Fragen konnte diese Schwierigkeiten in den darauffolgenden Interviews weitgehend ausräumen.

Insgesamt zeigt sich, dass der Haftkontext und die Charakteristika der Inhaftierten eine besondere Herausforderung darstellen können, wenn Daten für Evaluationen erhoben werden sollen. Die Expert:innen schlagen deshalb vor, nach alternativen Erhebungsmöglichkeiten zu suchen. Als potenzielle Alternative nennen sie z.B. die Nutzung von Informationen aus informellen Gesprächen mit den Teilnehmenden und/oder den Mitarbeiter:innen der Strafanstalt, aber auch Dokumentenanalysen, etwa von (digitalen) Akten aus dem Vollzugsalltag. Als weitere Datenquellen können Gedächtnisprotokolle, von den Teilnehmenden entwickelte Outputs (z.B. Podcasts, Poster etc.)

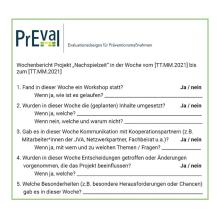
TAGEBÜCHER ALS NIEDRIGSCHWELLIGE ERHEBUNGSMETHODE

In Zusammenarbeit mit den Praktiker:innen von *Nachspielzeit* und *#Respect!* wurde mit den "Projekttagebüchern" ein innovatives formatives Evaluationsinstrument entwickelt und erprobt. Ursprünglich ein Kommunikationskanal, um im Verlauf von *PrEval* Arbeitsprozesse, Absprachen und Zwischenschritte in den verschiedenen Praxisphasen detailliert verfolgen zu können, bieten die Tagebucheinträge auch Ansatzpunkte für weitergehende evaluatorische Betrachtungen. Die Tagebücher enthalten einen halboffenen Kurzfragebogen und können in Format, Inhalt und Sprache an die spezifischen Gegebenheiten und Erkenntnisinteressen angepasst werden.

Konkret entwickelt wurden ein digital auszufüllendes Textdokument, eine Onlineabfrage über den Befragungsdienst *LimeSurvey* sowie der Prototyp eines Audiotagebuchs mit Sprachaufzeichnungen. Die Tagebücher kamen sowohl in der Konzeptions- als auch in der Umsetzungsphase der Projekte zum Einsatz. Während für die Konzeptionsphase Fragen nach dem Gesamtkonzept, der didaktischen Gestaltung einzelner Module und nach inhaltlichen Anpassungsmöglichkeiten formuliert wurden, standen für die Umsetzungsphase Fragen zur inhaltlichen Ausgestaltung und Zielerreichung, zu Absprachen mit den zuständigen Bediensteten in den Hafteinrichtungen sowie zu den Hintergründen der ggf. erfolgten Anpassungen im Zentrum.

Die Durchführenden der beiden Projekte füllten die Tagebücher wöchentlich oder vierzehntägig aus, denkbar ist aber auch eine Ausweitung auf Ansprechpersonen in den Haftanstalten, die durch den täglichen Kontakt mit den inhaftierten Jugendlichen und ihre Rolle im Haftalltag eine wichtige weitere Perspektive einbringen könnten. Nicht zuletzt wäre es auch

möglich, die Tagebücher bei den Jugendlichen selbst einzusetzen, um ihre Perspektive abzubilden, einen Einblick in (durch die Projekte angeregte) Reflexionsprozesse zu ermöglichen und sich damit einer Art von Wirkungsbetrachtung anzunähern. Neben den flexiblen Anpassungsmöglichkeiten liegt ein weiterer Vorteil der Tagebücher in ihrem ressourcenschonenden und niedrigschwelligen Format, das nichtsdestotrotz eine detaillierte Dokumentation ermöglicht und als Basis für weiterführende Reflexionen genutzt werden kann.



Die entwickelten Vorlagen liegen zur Erprobung, Anpassung und Weiterentwicklung für Wissenschaftler:innen, Fachpraktiker:innen und Evaluierende auf der Webseite des *PrEval*-Projekts zum Download bereit:

https://preval.hsfk.de/ergebnisse/prif-reports

und weitere im Projektverlauf entstehende Materialien sowie Projekttagebücher (vgl. Infobox 3) genutzt werden.

Nicht zuletzt stellt sich die Frage nach Bedeutung und Generalisierbarkeit der gewonnenen Evaluationsergebnisse. So illustriert ein:e Expert:in, dass positive Evaluationsergebnisse einer Maßnahme in einer Haftanstalt nicht zwangsläufig bedeuten, dass die Maßnahme in einer anderen Haftanstalt zum selben Ergebnis führe, "weil da haben sie halt zum Beispiel keinen kriminologischen Dienst, der sich drum kümmert und die Jungs mit ihnen zusammen ausgewählt hat oder keinen engagierten Sozialarbeiter, der das toll findet und so weiter. Plötzlich [geht] das toll evaluierte Projekt [...] völlig in die Hose" (Interview Nr. 2). Dies verdeutlicht die Grenzen der Standardisierbarkeit von Bildungsangeboten in Haft zum einen und der Generalisierbarkeit von Evaluationsergebnissen zum anderen.

3.3 WAS MUSS BEI DER FRAGE NACH WIRKUNGEN VON MASSNAHMEN DER POLITISCHEN BILDUNG IM JUGENDSTRAFVOLLZUG BERÜCKSICHTIGT WERDEN?

Hinsichtlich der Messbarkeit von Wirkungen präventiver Maßnahmen im Strafvollzug kritisieren Hofinger und Schmidinger (2017: 15) das häufige Fehlen sowohl klarer Indikatoren als auch adäguater Instrumente und mahnen einen Mangel an systematischer Forschung in diesem Bereich an (Hofinger/Schmidinger 2017: 16). Letzteres deckt sich mit der Einschätzung von Tolksdorf und Kolleg:innen (2009: 14), die, ähnlich wie die Fachpraktiker:innen in den PrEval-Workshops, hier besonders hohe Sicherheitsauflagen sowie strenge und langwierige Datenschutz-/Genehmigungsverfahren als ursächlich ansehen. Gleichzeitig wird Wirkungsevaluationen für die Qualitätssicherung von Maßnahmen in Haft eine zentrale Rolle zugeschrieben. Der Austausch mit Praktiker:innen im Rahmen der PrEval-Workshops hat gezeigt, dass diese Wirkungsevaluationen grundsätzlich offen gegenüberstehen. Sie sehen Wirkungsmessungen vor allem als eine Möglichkeit, aus Erfahrungen zu lernen und herauszufinden, welche (un)intendierten Wirkungen sich zeigen und wie ihre Maßnahmen angepasst werden können, um ggf. (mehr) erwünschte Wirkungen zu erreichen. Manche der interviewten Expert:innen sehen Wirkungsmessungen hingegen sehr kritisch. Sie weisen darauf hin, dass diese häufig als Kontrollorgan dienen und eine alleinige Fokussierung darauf den Maßnahmen in der Regel nicht gerecht werde sowie den Blick von anderen (positiven) Aspekten der Maßnahmen ablenke:

"Ich bin ganz, ganz kritisch, was diesen Wirkungsbegriff angeht. Weil ich finde, der hat so eine Übermacht, gerade in dem Feld, was Evaluation angeht. Insofern finde ich es ganz schwierig, von Wirkung zu sprechen, weil das so suggeriert, man hat da irgendwie so eine 'Pille', also so ein Politische Bildung-Angebot, und das wirkt dann in einer bestimmten Weise, und am Ende ist alles gut. Und das finde ich tatsächlich ganz schwierig, weil es auch den Blick verstellt auf alles, was man eigentlich Sinnvolles machen kann, dass man guckt, okay, was passiert da eigentlich, wie funktioniert das, was da passiert, was ist vielleicht das, was Leute im Gefängnis tatsächlich brauchen oder was die interessiert" (Interview Nr. 1).

Außerdem wird kritisch angemerkt, dass die Besonderheiten des Haftkontextes Wirkungsüberprüfungen maßgeblich erschweren. So bedarf eine Wirkungsermittlung klassischerweise einer Vorher-/Nachher-Messung und eines Kontrollgruppendesigns (vgl. Kapitel 1.2). In diesem Zusammenhang beschreibt ein:e Expert:in, dass für eine Wirkungsmessung eine klar umrissene Zielgruppe wünschenswert sei (Interview Nr. 4). Bei dieser Zielgruppe solle es idealerweise klare Anzeichen bestimmter Verhaltensweisen, Einstellungen oder Haltungen geben, die durch die Maßnahmen angesprochen werden. Entsprechend sollte detailliert beschrieben werden, was wann wie gemacht werden soll und die Maßnahme sollte in unterschiedlichen Gruppen "nach Schema F" getestet werden. Gleichzeitig verweist diese:r Expert:in auf die Tatsache, dass sich im Haftalltag immer wieder tagesaktuelle Geschehnisse ergeben, die prioritär behandelt werden (müssen), wodurch die Umsetzung einer Maßnahme "nach Schema F" quasi unmöglich sei. Gegen Kontrollgruppendesigns sprechen zudem verschiedene, u.a. ethische und rechtliche, Argumente:

"Idealerweise wäre ja eine zufallsgesteuerte Kontrollgruppe so das, was ich bräuchte, um zu sehen, hat was einen Effekt. Und diese zufallsgesteuerte Kontrollgruppe, die kriege ich nicht. [...] weil auch die, die nicht an irgendeiner Maßnahme teilhaben, die machen andere Maßnahmen oder haben halt diese informellen Geschichten dann oft in besonderem Maße. Das macht es auch so schwierig, speziell in dieser Vollzugssituation überhaupt irgendwas zu evaluieren in Bezug auf Effekte, weil man die Faktoren nicht richtig kontrollieren kann" (Interview Nr. 2).

Hinzu kommt, dass sich gerade in der Untersuchungshaft – jedoch nicht ausschließlich dort – der Nachweis von nachhaltigen Wirkungen sehr schwierig gestaltet: Die Projektdauer ist in der Regel relativ kurz, die Gruppenzusammensetzung fluktuiert häufig stark und es stellt sich die Frage, wie Teilnehmende auch über die Dauer der Maßnahme hinaus erreicht werden können, um nachhaltige Wirkungen ermitteln zu können. Hinzu kommt, dass auch im Kontext der Wirkungsmessung gut überlegt sein muss, welche Erhebungsmethoden zum Einsatz kommen können, die nicht zu invasiv und mit dem Haftkontext und seinen Besonderheiten zu vereinbaren sind und gleichzeitig Rückschlüsse auf die Wirksamkeit der Maßnahmen zulassen:

"Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass es [Wirkungsevaluation, Anm. d. Verf.] in diesem Kontext problematisch ist. Also wenn Sie eben diese ganzen optimalen Vorstellungen, die eine Wirkungsevaluation haben muss, [umsetzen]. Was bleibt denn dann eigentlich von dem, was ich festhalten will? Und welche Aussage kann ich letztendlich darüber treffen, ob es wirkt oder nicht? Also es ist kein Plädoyer dafür, zu sagen, Wirkungsevaluationen sind unsinnig, sondern es ist ein Plädoyer dafür, zu schauen, wie kann ich welche Maßnahmen mit welchen Mitteln eigentlich so begleiten, mir so anschauen, dass es sinnvoll ist, einen umfassenden Blick zu bekommen, damit ich tatsächlich hinten sagen kann, was hat sie eigentlich gebracht, und wie ist es eigentlich gelaufen" (Interview Nr. 4).

Gerade Fachpraktiker:innen betonen, dass Evaluationen aus ihrer Sicht das starke Potenzial haben, als Lehrmoment zu dienen. Darüber hinaus können sie im Idealfall zu einer Verbesserung der Maßnahmen beitragen. Gleichzeitig plädieren andere Expert:innen dafür, Wirkungserwartungen nicht zu hoch anzusetzen (Interview Nr. 2). In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Formulierung angemessener Fragestellungen zentral. Es sollte genau ermittelt werden, was die Ziele der Maßnahme sind und welche Veränderungen auf welcher Ebene erhofft und erwartet werden. Auf der individuellen Ebene der Teilnehmenden könnte das bestimmte Einstellungen betreffen, auf Gruppenebene das Gruppenklima und auf struktureller Ebene die Einführung von Partizipationsmöglichkeiten für Inhaftierte. Zudem müsse der Zeithorizont der erhofften Wirkungen bedacht werden: Welche kurz- und/oder langfristigen Wirkungen sind realistisch zu erwarten? Und wie lassen sich diese messen? Speziell langfristige Wirkungen stellen eine große Herausforderung dar, da Teilnehmende nach Abschluss von Projekten für eine Erhebung oftmals nur noch schwer zu erreichen sind – insbesondere dann, wenn sie bereits aus der Haft entlassen wurden.

All diese Aspekte hängen eng mit der Identifikation passender Indikatoren und deren Operationalisierung zusammen. Ein:e Expert:in benennt z.B. Teilnahmemotivation als Erfolgsindikator, ein:e weitere:r gibt folgende Rückmeldung eines Teilnehmenden wider: "toll, dass wir heute über Rassismus gesprochen haben, ich wollte schon immer mal darüber sprechen, hier in diesem Rahmen" (Workshop 1_Projekt A). Aus sozialwissenschaftlicher Sicht wäre für eine Wirkungsmessung an dieser Stelle hilfreich, beispielsweise Interviews mit den Teilnehmenden zu führen und zu ermitteln, wie sie die Einheit über Rassismus genau wahrgenommen haben und welchen unmittelbaren Effekt diese auf ihre persönlichen Einstellungen hatte. Während die allgemeine hohe Teilnahmemotivation grundsätzlich eine erfreuliche Wirkung des Angebots ist, wäre die Erfassung einer potenziellen Einstellungsveränderung ein einschlägiger Indikator im Sinne der politischen Bildung. Solche Veränderungen ließen sich unmittelbar über Erhebungen unter den Teilnehmenden selbst wie mittelbar über die Eindrücke der Projektdurchführenden und des Haftpersonals erfassen. Auch während des Projekts von den Jugendlichen erstellte Materialien (Poster, Podcasts, Songtexte etc.) können hier als mögliche Datenquellen dienen.

4. ERKENNTNISSE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

In der Fallstudie, die diesem Report zugrunde liegt, widmeten wir uns den Fragen, was Maßnahmen der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug leisten sollen und können, was bei der Evaluation der Maßnahmen zu beachten ist und welchen Stellenwert und welche Möglichkeiten Wirkungsüberprüfungen in diesem Kontext haben (können). Ein wiederkehrendes Motiv, das uns sowohl in der Literatur als auch in den Dialogformaten und Interviews immer wieder begegnet ist, sind die Besonderheiten des Haftkontextes. Sie bringen auf allen Ebenen der Gestaltung, Umsetzung und Evaluation von Angeboten der politischen Bildung Herausforderungen mit sich und müssen bei der Planung berücksichtigt werden. Im Folgenden fassen wir die gewonnenen Erkenntnisse zusammen und leiten daraus Schlussfolgerungen zur Gestaltung gewinnbringender Evaluationen ab.

Erkenntnis 1: Ziele von Maßnahmen der politischen Bildung in Haft müssen zwischen allen Beteiligten aktiv ausgehandelt, konkret formuliert und zugleich niedrig gesteckt werden.

Auch wenn augenscheinlich ein gewisser Konsens über die Ziele politischer Bildungsmaßnahmen in Haft zu bestehen scheint, zeigt der Detailblick, dass die meisten Akteure, die in dieser Fallstudie zu Wort kamen, Ziele recht abstrakt formulieren (z.B. "Aufklärung", "Demokratisierung", "Reflexion" "Teilhabe" etc.). Dabei bleibt häufig unklar, was genau hinter diesen Begriffen steckt und wie die Ziele erreicht werden sollen. Was verstehen die verschiedenen Akteure unter "Teilhabe", welchem Politikund Demokratieverständnis folgen sie, welche Themen und Fragen erachten sie als "politisch" und welche nicht? Welche Maßnahmen halten sie für geeignet, um die Ziele zu erreichen, und welches disziplinäre Selbstverständnis liegt ihrer Arbeit zugrunde? In der Zusammenarbeit, sowohl zwischen Projektdurchführenden und externen Evaluierenden als auch in Absprachen mit Mittelgebenden und Haftanstalten, können solche Unklarheiten zu Kommunikationsproblemen bis hin zu Zielkonflikten führen. Abstrakt formulierte Zieldefinitionen erschweren zudem die Identifikation geeigneter Erfolgsindikatoren und damit auch die Auswahl und Gestaltung bedarfsorientierter Evaluationsmethoden (siehe auch Schlicht-Schmälzle et al. 2021b). Entsprechend wichtig sind aktive, frühzeitige und transparente Aushandlungsprozesse zwischen allen Beteiligten, um gemeinsame Begriffs- und Zielverständnisse zu schaffen. Die Erfahrungen zeigen, dass solche Prozesse bislang häufig eher "nebenbei" geschehen, zugleich aber viele Ressourcen binden. Zudem stellen asymmetrische Arbeitsbeziehungen, z.B. zwischen Mittelgebenden und den Projektträgern, eine Herausforderung für einen transparenten Dialog auf Augenhöhe dar.

Weniger ist mehr – das wird gerade im Haftkontext mit Blick auf die Zielformulierungen und das Ambitionsniveau deutlich, wie die Dialogformate und Interviews der *PrEval*-Fallstudie und die Erfahrungen der Evaluierenden des Projekts *spiel.raum* zeigen. Grundlegende Veränderungen verfestigter Haltungen und Einstellungen erfordern eine Maßnahmenintensität und einen Kontext, die im Rahmen der strukturellen Bedingungen des Justizvollzugs in der Regel nicht gegeben sind (vgl. Wistuba 2021). Um den Bedürfnissen der jugendlichen Inhaftierten gerecht zu werden und eine inhaltliche Überfrachtung der Projekte zu vermeiden, sollten Zielsetzungen für kurzzeitig angelegte (Gruppen-) Angebote der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug nicht zu hoch gesteckt werden. Beispielsweise kann der Aufbau eines offenen, vertrauensvollen Gruppenklimas, das sowohl Diskussions- als auch Partizipationsfreiräume ermöglicht und in dem sich die Teilnehmenden frei äußern können, bereits als ein zentrales Ziel formuliert werden.

Erkenntnis 2: Evaluationsziele für Maßnahmen der politischen Bildung in Haft sollten mit Blick auf die Lernfunktion von Evaluationen realistisch, fokussiert und kontextangemessen gewählt werden.

Die Formulierung zu vieler und hehrer Projektziele hängt untrennbar mit der Festlegung von potenziellen Evaluationszielen zusammen. Letztere werden von Seiten der Fachpraxis und der Mittelgebenden bis dato ebenfalls hoch gesteckt. Evaluationen sollen demnach idealerweise alle Aspekte eines Projekts auf allen Ebenen bewerten, um zu einer Gesamteinschätzung über Qualität und Finanzierungswürdigkeit zu gelangen. Solche Evaluationen erfordern jedoch viel Zeit und viele Ressourcen auf allen Seiten

(vgl. Erkenntnis 3). Beispielhaft sei die Evaluation des Projekts *spiel.raum* angeführt, die eine Konzept-, Prozess- und *Outcome*-Evaluation beinhaltete und entsprechend sehr zeit- und ressourcenintensiv war.

Um aussagekräftige und belastbare Erkenntnisse bezüglich einer spezifischen Maßnahme zu liefern (vgl. z.B. Treischl/Wolbring 2020: 12), sollte stets ein sinnvoller Fokus auf bestimmte Teilaspekte gewählt werden, der in einem umsetzbaren Evaluationsdesign mündet. Dies beinhaltet im ersten Schritt die Formulierung realistischer, an Projektverlauf und Ressourcen angepasster Evaluationsziele. Evaluationen sollten dabei nicht ausschließlich summativ und auf Wirkungen auf individuelle Teilnehmende ausgerichtet sein; vielmehr liegt ein großes Potenzial in der Lernfunktion von Evaluationen und Möglichkeiten der Projektoptimierung, was für formative Evaluationsansätze spricht, die Möglichkeiten eines frühzeitigen *Uptakes* im Projektverlauf beinhalten.

Erkenntnis 3: Evaluationen politischer Bildungsangebote im Jugendstrafvollzug setzen einen erheblichen Aufwand auf allen Seiten voraus, u.a. für Anbahnungs- und Aushandlungsprozesse zwischen den beteiligten Akteuren. Dafür müssen mehr zeitliche und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden als bisher.

Projekte der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug stehen vor der Herausforderung, sich innerhalb von kurzen Laufzeiten auf die Arbeitslogiken und den Alltag im Haftkontext einstellen, passende Angebote gestalten und vertrauensvolle Beziehungen sowohl zu den Adressat:innen als auch zu Mitarbeitenden der Haftanstalten aufbauen zu müssen. Die Erfahrungen aus der wissenschaftlichen Begleitung von Modellprojekten im Strafvollzug im Rahmen von *Demokratie leben!* (Jukschat et al. 2020; Herding et al. 2021) zeigen, dass ohne bestehende Beziehungen zu Haftanstalten ein großer Teil der Projektzeit dafür aufgewendet werden muss, Zugänge zu den Anstalten zu erarbeiten, Vertrauen aufzubauen und sowohl sich als Träger als auch die Angebote zu etablieren. Auch für Bedienstete der Haftanstalten gehen externe Bildungsangebote meist mit einem erheblichen Mehraufwand einher.

Gleiches gilt für Evaluationen der Angebote: Aushandlungsprozesse mit den beteiligten Personengruppen kosten viel Zeit und die Planung und Durchführung von Datenerhebungen sind häufig relativ aufwendig. Die Identifikation von Evaluationszielen und zu messenden Zielvariablen, die Entwicklung von kontextangemessenen Erhebungsinstrumenten, aber auch Datenschutzaspekte und Genehmigungsverfahren für Erhebungen sowie nicht zuletzt die Erhebungen an sich setzen einen hohen zeitlichen und personellen Aufwand voraus. Für Fachpraktiker:innen fallen Evaluationen bislang zusätzlich zur regulären Projektarbeitszeit an. Daraus ergibt sich eine erhebliche Mehrbelastung für die Projektdurchführenden und/oder der Nutzen der Evaluation ist reduziert (vgl. Moussa Nabo et al. 2020: 49). Daher empfiehlt es sich, Evaluationsplanungen frühzeitig anzusetzen und eng mit Ressourcenplanungen der Projektdurchführenden zu verzahnen, um realistische Möglichkeiten und einen sinnvollen Umfang einer Evaluation zu ergründen sowie genügend Zeit für Reflexionen und *Uptake* im Projektverlauf einzukalkulieren. Die Haftanstalten sollten ebenfalls frühzeitig in den Planungsprozess eingebunden werden, um auch hier Kapazitätsengpässe zu vermeiden sowie realisierbare Ansätze und Methoden auswählen zu können (vgl. Erkenntnis 4).

Speziell müssen Ressourcen für den Aufbau von vertrauensvollen Beziehungen und für die Verständigung während des gesamten Evaluationsprozesses eingeplant werden. Vor und während der Evaluation ist eine regelmäßige und verständliche Kommunikation erforderlich, in der alle beteiligten Akteure aushandeln, was warum gemacht werden soll oder wird. Die Kommunikation sollte die Mitarbeitenden des zu evaluierenden Projekts wie auch die jeweiligen Haftanstalten einschließen und sprachlich wie inhaltlich auf die verschiedenen Expertisen und Vorkenntnisse der Partner:innen ausgerichtet sein. Auf diese Weise können Missverständnisse vermieden und die Motivation zur aktiven Unterstützung des Evaluationsvorhabens kann gefördert werden.

Evaluationen sollten demnach in der Projektplanung von Anfang an mitgedacht und partizipativ gestaltet werden (vgl. auch Schlicht-Schmälzle et al. 2021b; Klöckner et al. 2021). Das Praxiswissen und die Binnenansicht der Projektdurchführenden müssen exploriert, herausgestellt und reflektiert werden, um daraus Ansatzpunkte für Optimierung, Weiterentwicklung und Lernprozesse zu entwickeln. Vorlaufzeiten, z.B. Zeitkorridore von Beginn der evaluativen Begleitung bis zum eigentlichen Projektbeginn, sollten erweitert werden. Die frühzeitige Einstellung von Projektmitarbeitenden, um sie von Anfang an in die Projekt- wie auch Evaluationsplanung einzubinden, ist unter den derzeitigen Förderumständen kaum möglich, wäre zukünftig aber sinnvoll und wünschenswert. Auf Seiten der Haftanstalten sollten ebenfalls Ressourcen für die Beteiligung am Evaluationsprozess geschaffen werden, sowohl auf Leitungsebene und bei den Fachdiensten als auch beim Allgemeinen Vollzugsdienst. Nicht zuletzt ist festzuhalten, dass längere Projektlaufzeiten erforderlich sind, sollen die begleitenden Evaluationen aussagekräftig und nutzenorientiert sein.

Erkenntnis 4: Die Evaluation politischer Bildungsangebote im Jugendstrafvollzug sollte flexibel gehandhabt und methodisch niedrigschwellig und ressourcenschonend gestaltet werden.

Die Besonderheiten des Haftkontextes erfordern von Seiten externer Evaluierender eine Kenntnis von und ein Verständnis für den Gegenstand und die Arbeitslogiken der Fachpraktiker:innen sowie die Strukturen und Gegebenheiten, in denen sich die Projekte bewegen. Diese unterscheiden sich stark von den Bildungsstrukturen in Freiheit und können zwischen Haftanstalten, Hafthäusern und Teilnehmendengruppen variieren. Entsprechend kann es für Evaluationen hier, wie bei allen sozialen Interventionen, keine Blaupausen geben, und auch von gewissen methodischen "Goldstandards" (z.B. randomisierte Kontrollgruppendesigns, standardisierte Interviews) muss zugunsten der Praktikabilität ggf. abgesehen werden. Dabei gleichzeitig den der eigenen Arbeit inhärenten Logiken gerecht zu werden, erfordert auf Seiten der (externen) Evaluierenden ein hohes Maß an Fachkenntnis, Sensibilität, methodischer Offenheit und Flexibilität sowie auch Reflexion des eigenen (Selbst-)Verständnisses.

Fachpraktiker:innen können, je nach Ressourcen, vorhandenen methodischen Kenntnissen und implementierten Monitoringsystemen, in der Evaluation ihrer Angebote ggf. eine aktive(re) Rolle übernehmen. Beispielsweise können sie Daten, die im Rahmen eines Projektmonitorings gesammelt werden, zur Nutzung in einer Evaluation aufbereiten. Auch eine Art Kombination aus Selbst- und Fremdevaluation ist denkbar, in der sich die Fachpraktiker:innen – ggf. mit Unterstützung von oder

nach Anleitung durch externe Expert:innen – solche Daten selbst im Verlauf des Projekts als Informationsquelle für Anpassungen zunutze machen.

Die gewählten Evaluationsformate sollten grundsätzlich niedrigschwellig, ressourcenschonend und den Zielgruppen angemessen sein, insbesondere hinsichtlich des Abstraktionsniveaus und der sprachlichen Gestaltung. Es empfiehlt sich, insbesondere auf Datenquellen und Erhebungsmethoden zurückzugreifen, die im Projektgeschehen ohnehin eingesetzt bzw. entwickelt werden (z.B. Projektoutputs wie Texte, Poster, Musikstücke etc., Feedbackformate aus dem Gruppensetting), um die Teilnehmenden, die Projektdurchführenden und ihre Partner:innen in den Haftanstalten nicht zu überfrachten. Eine Kombination verschiedener Methoden bzw. Methodentriangulation sollte nach Möglichkeit angestrebt werden. Die Nutzung invasiverer Methoden, wie teilnehmende Beobachtungen oder Audio- oder Videoaufzeichnungen des Projektgeschehens, ist grundsätzlich denkbar, muss jedoch in enger Abstimmung mit den Beteiligten fallbezogen entschieden werden. Auch hier ist von Seiten der Evaluierenden Flexibilität gefragt. Zeitliche und personelle Ressourcen für etwaige Genehmigungsprozesse müssen zudem bei der Planung berücksichtigt werden. Die Auswertung von Dokumenten, die in den Haftanstalten bereits vorliegen oder im Haftalltag angefertigt werden, kann Erhebungen sinnvoll und ressourcenschonend ergänzen, wobei ethische wie datenschutzbezogene Überlegungen vorangestellt werden müssen, z.B. für die Nutzung der Sozialakten von Inhaftierten.

Die im vorherigen Kapitel (Infobox 3) kurz vorgestellten Tagebücher können eine geeignete, niedrigschwellige Methode sein, die sich flexibel auf verschiedene Evaluationsziele und Perspektiven (Projektdurchführende, Haftpersonal, Teilnehmende) zuschneiden lässt. Teilnehmende an politischen Bildungsangeboten könnten beispielsweise zwischen den Projektterminen Tagebuch führen oder sie für wiederkehrende Selbstreflexionsübungen nutzen. Dies hätte einen doppelten Vorteil: Zum einen könnten die Teilnehmenden aktiv und auf eine für sie ansprechende Art einbezogen werden. Zum anderen bestünde die Möglichkeit, ihre subjektive Perspektive zu erfassen und sich gleichzeitig – mit entsprechenden Auswertungsmethoden – objektivierbaren Erkenntnissen über ihr Erleben im Sinne einer Wirkungsmessung anzunähern (vgl. Erkenntnis 6). Die positiven Erfahrungen mit den Projekttagebüchern deuten darauf hin, dass dieses innovative Instrument zukünftig im Haftkontext, potenziell aber auch in anderen Bereichen, Evaluationsvorhaben bereichern kann.

Erkenntnis 5: Ein Wirkungsbegriff, der klare Ursache-Wirkungs-Beziehungen auf Ebene individueller Teilnehmender ins Zentrum stellt, greift im Kontext der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug zu kurz. Das Verständnis von Wirkung sollte entsprechend neu kontextualisiert und breiter gefasst werden und auch solche Aspekte umfassen, die über individuelle Teilnehmende hinausgehen und z.B. das sie umgebende System der Haft betreffen.

Bei sozialen Interventionen und damit auch bei politischen Bildungsprojekten kann kaum von einer klaren Ursache-Wirkungs-Beziehung ausgegangen werden. Zudem ist der Begriff der "Wirkung" speziell im Kontext der politischen Bildung an der Schnittstelle zur Extremismusprävention stark politisch belegt und ruft unrealistische Erwartungen an Projektanbieter hervor. Das kann dazu führen, dass die Förderung sinnvoller Projekte aufgrund zu geringer "versprochener" Wirkungen abgelehnt

wird oder die Projekte nach vermeintlich negativer Wirkungsevaluation nicht weiter finanziert oder verstetigt werden. Insbesondere im Haftkontext, in dem viele verschiedene, teils gegensätzliche Erfahrungen das Erleben von Inhaftierten prägen, sollte der Wirkungsbegriff daher weiter gefasst und für die Arbeit in Haft kontextualisiert werden. Nur so können Wirkungsermittlungen im Rahmen von Evaluationen die Realität widerspiegeln und für die Entwicklung des Handlungsfeldes gewinnbringend sein. Die Arbeiten von Jukschat et al. (2020), Herding et al. (2021), Moussa Nabo et al. (2020), Wistuba (2021) und anderen bieten Ansätze für eine Diskussion und enthalten Vorschläge, wie Wirkung in pädagogischen Maßnahmen im Strafvollzug alternativ gefasst werden kann: Konzepte wie "Wirkannahmen", "Wirkungserwartungen", "Wirkfähigkeit", "Wirkmechanismen", und "Wirkprozesse" werden hier genannt. Aber auch Begriffe wie "Reaktionen und Resonanzen", "Effekte" und "Impacts" (statt *Outcomes*), die "Wirkung" ausklammern, sind denkbar. Diese sollten in der Fachgemeinschaft in Zukunft diskutiert werden, um zu einem Wirkungsverständnis zu gelangen, das der (pädagogischen) Arbeit im Haftkontext angemessener ist.

Des Weiteren stehen bislang häufig vor allem Ziele auf individueller, das heißt auf Ebene der teilnehmenden Jugendlichen, im Fokus. Darüber hinaus sollten auch Ziele auf struktureller Ebene der Institution Strafvollzug in den Blick genommen werden. So wäre es etwa denkbar, mehr Partizipationsmöglichkeiten für Inhaftierte zu schaffen und entsprechende Entwicklungsprozesse zu evaluieren. Dies könnte auch dabei helfen, dem zuvor beschriebenen Spannungsfeld zwischen den Zielen der politischen Bildung und dem Haftkontext als totale Institution auf struktureller Ebene zu begegnen, was seinerseits zur Nachhaltigkeit der angebotenen politischen Bildungsmaßnahmen beitragen kann.

Erkenntnis 6: Die Messbarkeit der Wirkungen von Maßnahmen der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug, insbesondere auf individuelle Teilnehmende, ist stark eingeschränkt. Dies muss bei der Gestaltung von Evaluationsvorhaben berücksichtigt werden. Ein Rückgriff auf Erfahrungen aus benachbarten Bereichen, z.B. aus der Bildungsforschung, kann hilfreich sein, ebenso wie die längerfristige Anlage von wissenschaftlichen Begleitungen.

Die Ermittlung einer eindeutigen Ursache-Wirkungs-Beziehung zwischen einer Maßnahme und *Outcomes* bei den Teilnehmenden ist nur schwer möglich – mit Ausnahme von Veränderungen im deklarativen Wissen (vgl. Erkenntnis 5). Hierfür sind neben dem angelegten engen Wirkungsverständnis mehrere Faktoren verantwortlich: Jugendliche erleben in einem Gruppensetting verschiedene soziale Einflüsse, die ihre Einstellungen und Haltungen zusätzlich zu oder auch anstelle der im Projekt vermittelten Inhalte prägen können. Ebenso besteht die Projektarbeit, zusätzlich zu den inhaltlichen Aspekten der politischen Bildung, aus verschiedenen weiteren Prozessen, von denen Vertrauensaufbau und Beziehungsarbeit nicht die einzigen, gemäß den Erfahrungen der Fachpraktiker:innen aber mit die wichtigsten sind. Demnach sind intendierte wie nicht-intendierte Veränderungen (oder ihr Ausbleiben) in der Regel nicht allein auf Projektinhalte zurückzuführen. Nicht zuletzt ist die Definition erwünschter Effekte, z.B. auf Einstellungsebene, eine Gratwanderung, die entlang der Schnittstelle von politischer Bildung und Extremismusprävention verläuft: Politische Bildung soll unter anderem dazu befähigen, im Sinne von Ambiguitätstoleranz verschiedene Ansichten und Haltungen zu akzeptieren, sich eine eigene Meinung zu bilden und sie differenziert formulieren zu können. Entsprechend kann

es also eigentlich – mit wenigen Ausnahmen wie z.B. (gruppenbezogener) Menschenfeindlichkeit – kaum "richtige" oder "falsche" Haltungen oder Einstellungen geben, deren Veränderung sinnvoll zu messen wäre. Um diesem Problem zu begegnen, ist eine intensive Auseinandersetzung mit den Zielen politischer Bildung im Jugendstrafvollzug notwendig (vgl. Erkenntnis 1).

Innerhalb des skizzierten Spannungsfeldes stehen viele Projektträger vor der Herausforderung, dass die zunächst kurzfristig geförderten Projekte häufig nur dann längerfristig finanziert oder verstetigt werden, wenn ihr Erfolg, meist in Form von erzielten Wirkungen, belegt werden kann. In dem dafür zur Verfügung stehenden Zeitraum ist dies jedoch kaum leistbar. Neben der Diskussion über ein alternatives, breites Wirkungsverständnis und geeignete Zielindikatoren muss demnach auch der Zeithorizont für geforderte Wirkungsnachweise erweitert werden. Gleichzeitig ist Langfristigkeit im Feld kaum zu finden, Fluktuationen der Teilnehmenden durch z.B. Verlegungen, Entlassungen oder Gerichtstermine machen Verlaufsmessungen oder Prä-Post-Erhebungen nahezu unmöglich. Die Stichproben sind zudem in der Regel sehr klein, und auch die Verwendung standardisierter Erhebungsmethoden ist schwierig. Folglich ist unter diesen Umständen die Reliabilität der Messergebnisse stark eingeschränkt. Längerfristig angelegte Interventionsstudien mit klaren Wirkannahmen, die einzelne Konstrukte fokussieren, können hier Abhilfe schaffen. Auch wenn die Angebote an sich über die Gruppen hinweg weiterhin nicht standardisiert werden können, ist ein gewisses Maß an Standardisierung der Messung durchaus denkbar; zumindest bei Konstrukten, für die empirisch erprobte Instrumente vorliegen, beispielsweise Medienkritikfähigkeit (z.B. Sowka et al. 2015), moralische Urteilsfähigkeit (z.B. Rest et al. 1997, Thoma 2014), anti-pluralistische Einstellungen (z.B. in Anlehnung an die Leipziger Autoritarismus Studien) oder politische Selbstwirksamkeit (political efficacy; Beierlein et al. 2012).

Um Angebote der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug gegenstandsangemessen und nutzenbringend zu evaluieren, ist neben der Bereitstellung entsprechender Ressourcen (vgl. Erkenntnis 3) der Auf- und Ausbau von Methodenwissen eine zentrale Säule. Erfahrungen aus benachbarten Bereichen können dabei unterstützen: Wenngleich der Strafvollzug, wie ausgeführt, einen besonderen Kontext für Evaluationen darstellt, unterscheiden sich die Bedingungen für Wirkungsevaluationen in vielerlei Hinsicht nur wenig von jenen im schulischen Bereich. Gerade bei Ganztagsangeboten (vgl. Brisson et al. 2019) unterscheidet sich die Gestaltung über verschiedene Schulen hinweg stark, selbst wenn das Ziel dasselbe ist (z.B. Hausaufgabenbetreuung); Schüler:innen besuchen neben den Ganztagsangeboten immer auch den regulären Unterricht, es gibt demnach zusätzliche, unkontrollierbare Einflussfaktoren; Teilnehmer:innenzahlen variieren unter Umständen über die Dauer der Studie hinweg; soziale Einflussfaktoren spielen immer eine Rolle; die Durchführung wissenschaftlicher Studien bedarf in aller Regel einer Genehmigung des zuständigen Kultusministeriums; und es gibt hohe Datenschutzanforderungen. Die Evaluation politischer Bildungsmaßnahmen im Jugendstrafvollzug kann sich also des Erfahrungsschatzes in diesem Bereich bedienen. Aber auch die Literatur aus anderen benachbarten Disziplinen kann künftig hilfreich sein, um das Methodenwissen für Wirkungsermittlungen zu erweitern und an die Spezifika der politischen Bildung und Präventionsarbeit in Haft anzupassen, beispielsweise aus der psychologischen Lerntagebuchforschung (z.B. Nückles et al. 2010; auch experience sampling/ecological momentary assessment, z.B. Larson/ Csikszentmihalyi 2014).

Schließlich bleibt die Frage nach langfristigen Wirkungen und der Nachhaltigkeit von Maßnahmen offen. Wenngleich kurzfristige Wirkungen – werden die genannten Hürden berücksichtigt und geeignete Methoden entwickelt – nachweisbar sein mögen, ist fraglich, inwiefern kurzzeitig angelegte Projekte langfristige Veränderungen bewirken können. Die (begrenzten) Einflussmöglichkeiten von Maßnahmen politischer Bildung im Jugendstrafvollzug sollten in Zukunft stärker reflektiert und bei der Formulierung von Projektzielen, der Wahl von Evaluationsschwerpunkten sowie der Verschriftlichung von Evaluationsergebnissen berücksichtigt werden.

Erkenntnis 7: "Allein auf weiter Flur": Um Wissens- und Erfahrungsbestände zu politischer Bildungsarbeit im Jugendstrafvollzug sowie zu kontextangemessener wissenschaftlicher Begleitung zu erweitern, sollten Fachnetzwerke auf- und ausgebaut werden. Dafür müssen Strukturen geschaffen und Ressourcen bereitgestellt werden.

Das Handlungsfeld der politischen Bildung im deutschen Jugendstrafvollzug sowie deren wissenschaftliche Begleitung und Evaluation stecken noch in den Kinderschuhen. Akteure stehen häufig vor ähnlichen Herausforderungen und Hürden und sie zu überwinden, ist ein "learning by doing". Die wenigsten können auf umfassende Erfahrungen zurückgreifen und die existierenden Kooperationsund Fachstrukturen, in denen ein gemeinsames Lernen möglich wäre, sind ausbaufähig. Austausch entsteht häufig zufällig aus anderen, verwandten Themen heraus und findet in der Regel bilateral und informell statt. Um das Handlungsfeld zu etablieren und zu stärken und so mehr inhaftierten Jugendlichen einen Zugang zu politischer Bildung zu ermöglichen, ist der Auf- bzw. Ausbau fachlicher Strukturen zur bundesweiten Vernetzung ratsam, z.B. ausgehend von der AG Strafvollzug und Bewährungshilfe. 17 Ein an dieser AG orientiertes Fachnetzwerk könnte – länder-, institutions-, förderprogramm- und ressortübergreifend - einen offenen Raum für Erfahrungsaustausch, das Teilen von bewährten Methoden, Materialien und Good Practices sowie die Vermittlung von Kontakten zu Haftanstalten bieten. Im Sinne eines Peer Learnings und verbunden mit einer offenen, wertschätzenden und auf gemeinsames Lernen ausgerichteten Fehlerkultur (vgl. Bressan et al. 2021) könnten Projektkonzepte diskutiert und Ziel- und Wirkverständnisse erörtert werden. Auch Intervisions- und Peer Assessment-Formate sind denkbar, in denen Expert:innen aus Wissenschaft und Fachpraxis gemeinsam an der Weiterentwicklung von Angeboten arbeiten. (Potenzielle) Evaluierende könnten dieses Netzwerk für Expertisenerweiterung und Sensibilisierung für die Besonderheiten des Haftkontextes und der pädagogischen Arbeit darin nutzen, und auch Fachpraktiker:innen könnten, im Sinne der fortschreitenden Professionalisierung, Methodenkenntnisse für interne Evaluationen oder ergänzende Selbstevaluationen ausbauen. Des Weiteren ist denkbar, die Landesjustizministerien, die als zentrale Ansprechpartner und Gatekeeper fungieren, in das Netzwerk einzubeziehen, sowie weitere Berufsgruppen, die für die Gestaltung von pädagogischen und präventiven Maßnahmen und deren Nachhaltigkeit relevant sein können, z.B. Vereine für Bewährungs- und Straffälligenhilfe und Jugendämter. Nicht zuletzt sollten auch (Jugend-)Strafvollzugsanstalten Teil des Netzwerks sein, um Zugänge und

¹⁷ Gegründet 2017 im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* (BMFSFJ); https://violence-prevention-network.de/angebote/projektuebersicht/ag-strafvollzug-und-bewaehrungshilfe/ (letzter Zugriff: 20.04.2022).

Kooperationen auf lange Sicht zu erleichtern und zu verbessern. Der Aufbau einer solchen Struktur erfordert Engagement, Zeit und nicht zuletzt entsprechende Ressourcen auf allen Seiten.

5. FAZIT UND AUSBLICK

Die Schlussfolgerungen, die wir aus den Gesprächen und Austauschformaten mit Expert:innen aus Wissenschaft, Fachpraxis und Strafvollzug in der *PrEval*-Fallstudie abgeleitet haben, können den Ausbau der Evaluationskultur für politische Bildungsprojekte im (Jugend-)Strafvollzug unterstützen: Um die Qualität von Angeboten nutzenorientiert ergründen zu können, sollten Ziele von Maßnahmen zwischen allen Beteiligten aktiv ausgehandelt und konkreter formuliert werden. Evaluationsziele sollten realistisch und fokussiert gewählt werden und die Lernfunktion von Evaluation in den Blick nehmen. Für Anbahnungs- und Aushandlungsprozesse sollten entsprechende Ressourcen eingeplant werden. Methodisch ist Flexibilität, Niedrigschwelligkeit und Ressourcenschonung gefragt, und auch das Wirkungsverständnis muss breiter und kontextangemessener gefasst werden. Wissenschaftliche Begleitungen von Angeboten der politischen Bildung in Haft sollten längerfristig angelegt werden und Erfahrungen aus anderen Bereichen einbeziehen, um Möglichkeiten der Messbarkeit, insbesondere von Wirkungen, zu ergründen. Konkrete Ansätze sollten künftig in Fachnetzwerken und in enger Abstimmung mit den jeweils beteiligten Akteuren entwickelt und erprobt werden, um die Wissensbasis zu Evaluationen in diesem Bereich zu erweitern. Dies wiederum leistet einen wichtigen Beitrag zur Etablierung und Weiterentwicklung des Handlungsfeldes als solches.

Gleichzeitig zeichnen die Erfahrungen der Expert:innen ein skeptisches Bild der grundsätzlichen Chancen politischer Bildung im Jugendstrafvollzug, trotz unverändert hoher Wichtigkeit und Relevanz: Es fehlt im Jugendstrafvollzug an demokratischen, partizipativen Strukturen. Die Lebenswelt, in der sich jugendliche Inhaftierte befinden, steht in einem deutlichen Kontrast zum Werte- und Demokratieverständnis und den erklärten Zielen politischer Bildung, was die Wirkfähigkeit entsprechender Maßnahmen stark einschränken kann. Dies ist nur zu lösen, indem ein stärkerer Fokus auf demokratische Partizipation und erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten im Haftalltag gelegt wird, z.B. in Form von partizipatorischen Projekten nach Vorbild der Just Communities - eines pädagogischen Ansatzes, in dem eine auf Gerechtigkeit, Gemeinschaftssinn und egalitären sozialen Beziehungen basierende demokratische Partizipation im Zentrum steht (siehe Weyers 2018; siehe auch Stelly 2015 für einen Modellversuch im Jugendstrafvollzug in Deutschland). Auch der Ausbau einer Teilhabe Inhaftierter an der "digitalen Evolution", die außerhalb der Haft in der Gesellschaft stattfindet, muss diskutiert werden, ebenso wie der Zugang zu vielseitige(re)n Medien. Solche und weitere strukturelle Veränderungen des Strafvollzugs sind für eine wirkungsvolle, nachhaltige politische Bildung unabdingbar. Diese Prozesse der Organisationsentwicklung können künftig sowohl durch Grundlagenforschung als auch praxisorientiert im Sinne eines Qualitätsmanagements mit wissenschaftlichen Methoden begleitet werden. So kann sichergestellt werden, dass jugendliche Gefangene langfristig eine Stimme bekommen und dabei unterstützt werden, sie zu nutzen. Evaluation könnte hier nicht nur Mittel zur Begleitung von Angeboten und Formaten in bestehenden Haftstrukturen sein, sondern als Begleitung einer Transformation des Haftkontextes als Ganzes verstanden werden. Möglichkeiten dessen sollten zukünftig diskutiert und ergründet werden.

- Armborst, Andreas/Biene, Janusz/Coester, Marc/Greuel, Frank/Milbradt, Björn/Nehlsen, Inga (2018): Evaluation in der Radikalisierungsprävention: Ansätze und Kontroversen, PRIF Report 11/2018, Frankfurt am Main.
- Beierlein, Constanze/Kemper, Christoph J./Kovaleva, Anastassiya/Rammstedt, Beatrice (2012): Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussüberzeugungen. Political Efficacy Kurzskala (PEKS), Mannheim: GESIS Working Papers 18.
- BAG RelEX (2021): Wissen Radikalisierungsprävention; URL: https://www.bag-relex.de/wissen/radikalisierungspraevention/ (letzter Zugriff: 13.07.2022).
- Bihs, Anne (2013): Grundlegung, Bestandsaufnahme und pädagogische Weiterentwicklung des Jugendarrests in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Jugendarrestvollzuges in Nordrhein-Westfalen, Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades, Universität zu Köln; URL: https://kups.ub.uni-koeln.de/5322/1/DissAnne_revidiert.pdf (letzter Zugriff: 01.03.2022).
- Borchert, Jens (2019): Notwendigkeiten und Methoden politischer Bildung im Vollzug, in: miteinanderthema (7), 54–65.
- Borchert, Jens/Beyer, Diana/Jütz, Maren (2019): Politische Bildung im Jugendstrafvollzug. Angebote, Bedarfe und Leerstellen. Zentrale Ergebnisse und Handlungsempfehlungen, Berlin: Anne Frank Zentrum.
- Borchert, Jens/Jütz, Maren/Beyer, Diana (2020): Politische Bildung im Jugendstrafvollzug. Angebote, Bedarfe und Leerstellen, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Borchert, Jens/Jütz, Maren/Beyer, Diana (2021): Wo, wenn nicht hier? Politische Bildung im (Jugend-)Strafvollzug, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (42–43); URL: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/gefaengnis-2021/341781/wo-wenn-nicht-hier/ (letzter Zugriff: 12.04.2022).
- Brisson, Brigitte/Heyl, Katrin/Sauerwein, Markus/Theis, Désirée/Fischer, Natalie/Klieme, Eckhard (2021): StEG-Tandem: Schulentwicklungsprojekt und Evaluationsstudie, in: Kielblock, S./Arnoldt, B./Fischer, N./Gaiser, J. M./Holtappels, H. (Hrsg.): Individuelle Förderung an Ganztagsschulen: Forschungsergebnisse der Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen (StEG) (Studien zur ganztägigen Bildung), Weinheim: Beltz Juventa, 96–104.
- Bressan, Sarah/Friedrich, Julia/Wagner, Marie (2021): Evaluationsstrukturen gestalten. Herausforderungen in der Extremismusprävention im internationalen Vergleich, PRIF Spotlight 10/2021, Frankfurt am Main.
- Detjen, Joachim (2007): Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland, München: Oldenbourg.
- Deutscher Bundestag (2001): Drucksache 14/5456: Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und PDS Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt, Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Bonn; URL: https://dserver.bundestag.de/btd/14/054/1405456.pdf (letzter Zugriff: 14.07.2022).
- Goffman, Erving (1973): Asyle, Frankfurt am Main.
- Greco, Sara Alfia (2017): Vollzugsziel "Resozialisierung"?! Kritische politische Bildung im Jugendstrafvollzug, in: Görtler, M./Lotz, M./Partetzkem, M./Poma Poma S./Winckler, M. (Hrsg.): Kritische politische Bildung. Standpunkt und Perspektiven, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 174–186.

- Hafeneger, Benno (2015): Jugendbildung. Dossier Politische Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung; URL: https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193383/jugendbildung (letzter Zugriff: 31.01.2022).
- Herding, Maruta/Jukschat, Nadine/Lampe, Dirk/Frank, Anja/Jakob, Maria (2021): Neuausrichtungen und Handlungslogiken. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte im Themenfeld "Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe" im Bundesprogramm "Demokratie leben!" in der Förderphase 2020 bis 2024, DJI Deutsches Jugendinstitut e.V., Halle (Saale).
- Hofinger, Veronika/Schmidinger, Thomas (2017): Deradikalisierung im Gefängnis. Endbericht zur Begleitforschung. Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie IRKS; URL: https://www.irks.at/assets/irks/Publikationen/Forschungsbericht/Endbericht_Begleitforschung_2017.pdf (letzter Zugriff: 12.04.2022).
- Jakob, Maria/Kowol, Greta/Leistner, Alexander (2019): Erster Bericht: Modellprojekte zur Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe. Programmevaluation des Bundesprogramms "Demokratie leben!", Zwischenbericht 2018, DJI Deutsches Jugendinstitut e.V., Halle (Saale).
- Jukschat, Nadine/Jakob, Maria/Herding, Maruta (2020): Abschlussbericht 2019: Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zur "Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe". Programmevaluation "Demokratie leben!", DJI Deutsches Jugendinstitut e.V., Halle (Saale).
- Jukschat, Nadine/Herding, Maruta/Jakob, Maria (2021): Demokratieförderung im Strafvollzug. Erfahrungen aus dem Bundesprogramm "Demokratie leben!", in: E. Marks (Hrsg.): Prävention & Demokratieförderung, Ausgewählte Beiträge des 24. Deutschen Präventionstages, 20. und 21. Mai 2019, Berlin: Forum Verlag Godesberg GmbH, 187–206.
- Klöckner, Mona/Koynova, Svetla/Liebich, Johanna/Neef, Lisa (2021): Erfahrungen aus der Evaluationsplanung eines Aussteigerprogramms. Voraussetzungen für Wirksamkeitserfassung in der tertiären Extremismusprävention, PRIF Report 6/2021, Frankfurt am Main.
- Koynova, Svetla/Mönig, Alina/Quent, Matthias/Ohlenforst, Vivienne (2022): Monitoring, Evaluation und Lernen: Erfahrungen und Bedarfe der Fachpraxis in der Prävention von Rechtsextremismus und Islamismus, PRIF Report 7/2022, Frankfurt am Main.
- Larson, Reed/Csikszentmihalyi, Mihaly (2014): The Experience Sampling Method, in: Csikszentmihalyi, M./Larson, R. (Eds.): Flow and the Foundations of Positive Psychology, Dordrecht: Springer, 21–34.
- Lösch, Bettina (2011): Ein kritisches Demokratieverständnis für die politische Bildung, in: Lösch, B./ Thimmel, A. (Hrsg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch (2. Aufl.), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 115–128.
- Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 12., überarbeitete Auflage, Weinheim und Basel: Beltz Verlag.
- Möller, Kurt (2018): Das Konzept "Pauschalisierende Ablehnungkonstruktionen" (PAKOs) und die KIS-SeS-Strategie Theoretische Grundlagen, empirische Befunde und zentrale Schlussfolgerungen, in: Neuscheler, F./Möller, K. (Hrsg.): "Wer will die hier schon haben?" Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland, Stuttgart: Kohlhammer, 91–110.

- Moussa Nabo, Mitra/Nehlsen, Inga/Wistuba, Frederike Wilhelmina (2020): Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Präventionsprojekts spiel.raum: Zwischenbericht. Forschungsberichte des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention (3).
- Nückles, Matthias/ Hübner, Sandra/Glogger, Inga/Holzäpfel, Lars/Schwonke, Rolf/Renkl, Alexander (2010): Selbstreguliert lernen durch Schreiben von Lerntagebüchern, in: M. Gläser-Zikuda (Hrsg.): Lerntagebuch und Portfolio aus empirischer Sicht, Landau: Empirische Pädagogik, 35–58.
- Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika (2014): Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch, München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Rest, James/Thoma, Stephen J./ Narvaez, Darcia/Bebeau, Muriel J. (1997): Alchemy and beyond: Indexing the Defining Issues Test, Journal of Educational Psychology, 89 (3), 498–507.
- Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf, Weinheim und München: Juventa Verlag.
- Scherr, Albert (2011): Subjektivität als Schlüsselbegriff kritischer politischer Bildung, in: Lösch, B./ Thimmel, A. (Hrsg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch (2. Aufl.), Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 303–314.
- Schneider, Lisa (2019): Zwangskontexte als Handlungsfeld für eine kritische politische Bildung. Erste Ergebnisse einer explorativen Studie Politik, Essen und Sexualität, in: Kriminologie Das Online-Journal, No. 2/2019, 180–194.
- Schneider, Lisa (2021): Politische Bildung in Zwangskontexten (didaktische) Überlegungen zu einer Kritischen politischen Bildung im Kontext des Jugend- und Jugendarrestvollzugs, in: Kaplan, Anne/Roos, Stefanie (Hrsg.): Delinquenz bei jungen Menschen, Wiesbaden: Springer VS, 217–230.
- Schlicht-Schmälzle, Raphaela/Kroll, Stefan/Theis, Désirée (2021a): Mehr als Prävention. Politische Bildung und Extremismusprävention: Schnittmengen und Herausforderungen, PRIF Spotlight 2/2021, Frankfurt am Main.
- Schlicht-Schmälzle, Raphaela/Theis, Désirée/Tultschinetski, Sina/Verhovnik-Heinze, Melanie/Kautz, Christian/Kirchmann, Maryam (2021b): Erfolgsbedingungen und Herausforderungen für die Zusammenarbeit von Fachpraxis und Wissenschaft bei der Evaluation von Angeboten politischer Bildung, PRIF Report 5/2021, Frankfurt am Main.
- Schröder, Achim (2011): Politische Jugendbildung, in: Hafeneger, Benno (Hrsg.): Handbuch außerschulische Jugendbildung: Grundlagen, Handlungsfelder, Akteure, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 173–186.
- Sowka, Alexandra/Klimmt, Christoph/ Hefner, Dorothee/Mergel, Fenja/Possler, Daniel (2015): Die Messung von Medienkompetenz. Ein Testverfahren für die Dimension "Medienkritikfähigkeit" und die Zielgruppe "Jugendliche", Medien- & Kommunikationswissenschaft, 63 (1), 62–82.
- Statistisches Bundesamt (2020): Strafvollzug Demographische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen zum Stichtag 31.3., Fachserie 10, Reihe 4.1; URL: https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Justiz-Rechtspflege/Publikationen/Downloads-Strafverfolgung-Strafvollzug/strafvollzug-2100410207004.pdf;jsessionid=FAC2D7CD1FFA815750EC48A5CC853C03.live742?__blob=publicationFile (letzter Zugriff: 14.07.2022).

- Stelly, Wolfgang (2015): Jugendstrafvollzug in freien Formen Projekt Chance und Seehaus, in: M. Schweder (Hrsg.): Handbuch Jugendstrafvollzug, Weinheim und Basel: Beltz Juventa, 755–766.
- Stockmann, Reinhard (2004): Was ist eine gute Evaluation? Einführung zu Funktionen und Methoden von Evaluationsverfahren (CEval-Arbeitspapier, 9), Saarbrücken: Universität des Saarlandes.
- Stockmann, Reinhard/Meyer, Wolfgang (2014): Evaluation. Eine Einführung (2. überarb. Aufl.), Opladen/Leverkusen: Verlag Barbara Budrich.
- Thalmann, Dagmar (2011): Kritische Anmerkungen zum Jugendarrest und seiner praktischen Umsetzung, Forum Strafvollzug. Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe, 60 (2), 79–83.
- Theis, Désirée/Verhovnik-Heinze, Melanie/Kroll, Stefan/Kierek, Keshia (2021): Webvideos und Livestream zur Aufklärung über Desinformation. Evaluationsansätze zu digitalen Formaten in der politischen Bildung, PRIF Report 8/2021, Frankfurt am Main.
- Thoma, Stephen J. (2014): Measuring Moral Thinking from a Neo-Kohlbergian Perspective, Theory and Research in Education, 12 (3), 347–365.
- Tolksdorf, Klaus Jürgen et al. (2009): Eine Frage der Qualität: Sport im Jugendstrafvollzug. Sport, Spiel und Bewegung als wirksame Erziehungs- und Bildungsbestandteile eines neuen Behandlungskonzepts, Frankfurt am Main: Deutsche Sportjugend (dsj); URL: https://www.dsj.de/fileadmin/user_upload/Mediencenter/Publikationen/Downloads/sport_im__jugendstrafvollzug.pdf (letzter Zugriff: 03.03.2022).
- Treischl, Edgar/Wolbring, Tobias (2020): Wirkungsevaluation: Grundlagen, Standards, Beispiele, Wenheim: Beltz Juventa.
- Weyers, Stefan (2018): "Just Communities". Demokratische Partizipation im Jugendstrafvollzug, in: Dollinger, B./Schmidt-Semisch, H. (Hrsg.): Handbuch Jugendkriminalität, Wiesbaden: Springer VS, 617–633.
- Widmaier, Benedikt (2018): Demokratiebildung, Demokratieförderung, Demokratiedidaktik, Demokratielernen... wie jetzt?, Hessische Blätter für Volksbildung, 2018 (03), 258–266.
- Widmaier, Benedikt (2022): Extremismuspräventive Demokratieförderung. Eine kritische Intervention, Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.
- Wistuba, Frederike Wilhelmina (2021): Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Präventionsprojekts spiel.raum: Abschlussbericht. Forschungsberichte des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention (1).

PRIF REPORT

Die PRIF Reports analysieren Hintergründe politischer Ereignisse und Entwicklungen und präsentieren wissenschaftliche Forschungserbnisse in Deutsch oder Englisch.

Schnabel, Simone/Witt, Antonia/Konkobo, Adjara (2022): Les « syndicats des chefs d'État » sur le terrain. Perceptions locales de l'Union Africaine, de la CEDEAO et de leurs interventions au Burkina Faso en 2014/2015, PRIF Report 11/2022, Frankfurt/M.

Schmidt, Olga/Liebich, Johanna/Klöckner, Mona/Walkenhorst, Dennis/Dziri, Bacem (2022): *Developmental Evaluation* zur Begleitung von Entwicklungsprozessen in Projekten der Radikalisierungsprävention – ein Anwendungsbeispiel, PRIF Report 10/2022, Frankfurt/M.

PRIF SPOTLIGHT

Die PRIF Spotlights diskutieren aktuelle politische und gesellschaftliche Themen.

Natal, Ariadne/Schreiber, Franziska (2022): Democracy on the Razor's Edge. The 2022 Presidential Elections in Brazil, PRIF Spotlight 9/2022, Frankfurt/M.

Roth, Felix/Zschocke, Paul (2022): Eine polarisierte Stadt. Die Corona-Proteste, Demokratieverdruss und die Rolle der Lokalpolitik in Freiberg, PRIF Spotlight 8/2022, Frankfurt/M.



www.hsfk.de/PRIF-Reports www.hsfk.de/HSFK-Reports



www.hsfk.de/PRIF-Spotlights

PRIF BLOG

Auf dem PRIF Blog erscheinen Beiträge zu aktuellen politischen Fragen und Debatten der Friedens- und Konfliktforschung. Die Blogbeiträge erscheinen in loser Folge in Deutsch oder Englisch.



https://blog.prif.org/

PRIF Reports und PRIF Spotlights sind Open-Access-Publikationen und können kostenlos auf www.hsfk.de heruntergeladen werden. Sie möchten die digitalen Ausgaben abonnieren? Bitte wenden Sie sich an: publikationen@hsfk.de.

f www.facebook.com/HSFK.PRIF

www.twitter.com/HSFK_PRIF

nttps://blog.prif.org/

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages



Evaluationsdesigns für Präventionsmaßnahmen – Multimethodische Ansätze zur Wirkungsermittlung und Qualitätssicherung in der Extremismusprävention sowie den Schnittstellen zur Gewaltprävention und politischen Bildung

SINA TULTSCHINETSKI // DÉSIRÉE THEIS // ALISA RIETH

EVALUATION DER POLITISCHEN BILDUNG IM JUGENDSTRAFVOLLZUG – ANSÄTZE, CHANCEN, HERAUSFORDERUNGEN

Politische Bildung im Jugendstrafvollzug ist vielfältig. Alle Angebote eint jedoch, dass sie den inhaftierten Jugendlichen Diskussions- und Reflexionsräume bieten sollen, um ihre Resilienz gegenüber antidemokratischen Einstellungen und ihre Selbstwirksamkeit zu stärken. Hier offenbart sich ein Spannungsfeld: Wie sind politisch bildnerische Angebote mit den Strukturen in Unfreiheit vereinbar und wie können sie dennoch (besser) wirken? Evaluationen können hier ansetzen, um Fragen nach Good Practices, Effektivität sowie Nützlichkeit zu beantworten und Entwicklungspotenziale auszuloten.

Der vorliegende Report basiert auf einer Fallstudie des *PrEval-*Projekts in Kooperation mit zwei Projekten der *bpb-*Förderlinie "Politische Bildung im Jugendstrafvollzug". Im intensiven Wissenschafts-Praxis-Dialog und mithilfe von leitfadengestützten Expert:innen-Interviews wurden die Besonderheiten des Kontextes und der Zielgruppen sowie die Perspektiven der Expert:innen auf politische Bildung und deren Evaluation in diesem Feld erhoben. Das Ergebnis sind Erkenntnisse für zukünftige Evaluationen politisch bildnerischer Maßnahmen im Jugendstrafvollzug.



